

---

# MAGA und toxisches Christentum

oder: Der peinliche Verrat christlichen Glaubens  
durch US-Evangelikale

Erich Geldbach

---

## Einleitung: Das Mehrheitswahlrecht fördert chaotische Zustände

Am Tag nach der Präsidentenwahl in den USA, bei der der Kandidat Donald Trump, der über keinerlei politische Erfahrung verfügte, aber die Mehrheit im *Electoral College* errang, war das Erwachen ebenso von Unverständnis begleitet wie das Erwachen nach dem positiven Brexit-Votum in Großbritannien. Die beiden angelsächsischen Musterdemokratien waren in seltsamem Gleichklang törichter Propaganda anheim gefallen und hatten per Stimmzettel Entscheidungen herbeigeführt, die nur wenige Beobachter erwartet hatten. Hillary Clinton, die demokratische Gegenspielerin des Republikaners Donald Trump, die sich ziemlich sicher war, als erste Frau das höchste Regierungsamt in den USA erobern zu können, scheiterte nicht an der Stimmenzahl, die für sie abgegeben worden waren; sie konnte ca. 3 Millionen mehr Wähler für sich gewinnen als der New Yorker Geschäftsmann und „reality TV Star“ Trump und musste dennoch feststellen, die Wahl verloren zu haben. Dieser auf den ersten Blick unverständliche Ausgang der Wahl hängt mit der Eigenart zusammen, dass der Präsident / die Präsidentin nicht direkt gewählt wird, sondern dass ein „*Electoral College*“ die Wahl vornimmt.

Als die Verfassung 1787 in Philadelphia beraten wurde, betrachteten die meisten Anwesenden eine direkte Wahl des Präsidenten als eine praktische Unmöglichkeit, obwohl die Gouverneure in New York und Massachusetts, die auf diese Weise gewählt wurden, als Muster hätten dienen können. Wenn aber diese Möglichkeit entfiel, blieb die andere, dass ein Präsident durch den Kongress zu wählen wäre. Das aber hätte den Präsidenten vom Parlament abhängig gemacht und so die Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive unterlaufen. Das „*Electoral College*“ bot einen Ausweg: Die Unabhängigkeit von der Legislative war gesichert, und eine, wenn auch nur indirekte Beteiligung durch die Wähler würde zugleich verhindern, dass die bevölkerungsreichsten Staaten stets den Präsidenten wählen würden. Im Laufe der Jahre hat sich das Wahlsystem gewandelt, nicht zuletzt dadurch, dass sich ein Parteiensystem, was heute zu einem Zwei-Parteien-System geschrumpft ist, gebildet hatte, was 1787 niemand ahnen konnte. Die heutige Situation lässt sich so zusammenfassen, dass die Mitglieder des „*Electoral College*“ durch ein reines Mehrheitswahlsystem in den einzelnen

Staaten gewählt werden. Auch bei einer hauchdünnen Mehrheit erhält die gewinnende Partei alle für einen Staat je nach Einwohnerzahl vorgesehene „Wahlmänner“ bzw. „Wahlfrauen“, die „*electors*“ genannt werden.

Dieses System, das mit dem Satz zusammengefasst wird „*the winner takes it all*“ = der Gewinner erhält alle Stimmen, hat zur Konsequenz, dass sich Kandidaten für das Amt des Präsidenten auf Staaten mit vielen „Elektoren“ konzentrieren, dass man die Aufmerksamkeit aber auch auf die sog. *swing states* richten muss, also Staaten, deren Wähler in der Vergangenheit nicht immer beständig für eine Partei gewählt haben, sondern die zwischen den Parteien „gependelt“ sind. Diese Rahmenbedingungen und die komplexen Zusammenhänge verlangen von einem Kandidaten / einer Kandidatin für das höchste politische Amt der USA eine genaue Analyse der Situation in den Staaten, auf die man sich besonders konzentrieren muss, um entsprechende Äußerungen in den Wahlkampfveranstaltungen machen zu können, die Menschen mitreißen. Genau dies aber scheint die für den Wahlkampf zusammengestellte Mannschaft Trumps viel besser verwirklicht zu haben als das Team von Hillary Clinton.

Es ist eine Binsenweisheit, dass die Wahlkämpfe eine ganz erhebliche Geldsumme verschlingen. Auch hier scheinen die Republikaner um Trump effektiver mit den Geldern umgegangen zu sein. Das betraf vor allem die Investitionen in genaue Analysen des Wahlvolks, wie sie durch die Firma *Cambridge Analytica* vorgenommen wurden. Die in diese Firma investierten Gelder kamen auf Vermittlung des relativ spät zum Wahlkampfteam Trumps gestoßenen Steve Bannon zustande, der allerdings schon seit 2010 mit Trump in Verbindung stand und erste Versuche unternahm, Trump zu beraten. Bei diesen frühen Unterhaltungen wurde auch der Gedanke geboren, im Wahlkampf Hillary Clinton als die Kandidatin einer abgewirtschafteten alten Elite hinzustellen. Diese Einordnung der ehemaligen Außenministerin und Senatorin von New York entscheide sich nach Bannon an drei Fronten: Clinton sei Teil der Elite, die (a) illegale Masseneinwanderung zugelassen habe, die (b) für Wirtschaftsabkommen sei, wodurch z. B. Jobs aus den USA nach China verlagert wurden und die (c) im Senat für jeden der unnützen Kriege gestimmt habe. Damit waren schon 2010 wesentlich Eckpfeiler der Politik des späteren Präsidenten eingerammt.<sup>1</sup> Gegenüber dem Washingtoner Establishment reizte Trump im Wahlkampf die Menge auf, indem er sie den Schlachtruf intonieren ließ: „*drain the swamp*“ = legt den Sumpf trocken. Umso heller erstrahlte vor diesem Hintergrund die Gewissheit, dass es Trump sei, der Amerika wieder groß machen könne: *MAGA = Make America Great Again*.

Von großer Bedeutung war schon 2010, dass Steve Bannon eine Verbindung zwischen Trump und dem Multimilliardär Robert Mercer und seiner Tochter Rebekah herstellte. Mercer, ein hochintelligenter Mathematiker

<sup>1</sup> So beschreibt es der Bestseller-Autor und Mitherausgeber der Zeitung *Washington Post*, *Bob Woodward*, in seinem Buch: *Fear. Trump in the White House*, London/New York 2018, 13.

und ehemaliger Entwicklungsingenieur bei IBM, hatte sich selbstständig gemacht und hatte den Hedge Fund *Renaissance Technologies* aufgebaut, der über 50 Milliarden US-Dollars verfügt. Der öffentlichkeitsscheue Robert Mercer beschäftigt etwa 160 hochkompetente Computer-Spezialisten, die mit Super-Computern tagaus, tagein das finanzielle Geschehen auf der Welt beobachten und in fallende oder steigende Kurse und in Währungswechselkurse investieren mit dem einen Ziel, das investierte Geld zu vermehren. Mercer besitzt eine Beteiligung an *Breitbart News*, der rechtslastigen Nachrichten-Agentur, für die Steve Bannon arbeitet, so dass sich die Verbindungen leicht erklären. Weshalb Bannon und vor allem Mercer ihre Intelligenz darauf verwenden, die Innen- und Außenpolitik der USA dem in der Politik völlig unerfahrenen Donald Trump anzuvertrauen, erschließt sich wohl nur, wenn man den finanziellen Aspekt in Rechnung stellt. Mercer und seiner Tochter, so lässt sich spekulieren, geht es um nichts anderes als um die Vermehrung des Geldes. Auch schlechte Nachrichten, die an der Börse zu Kursstürzen führen können, passen in das Geschäftsgebaren, weil die entsprechend gefütterten Super-Computer auch in solchen Fällen Gewinne erzielen. Es geht also nicht um theoretische Überlegungen, wie das allgemeine Wohl gefestigt oder vermehrt werden kann, wie man Menschen in Arbeit bringt oder sie gegen Krankheiten oder andere Unwägbarkeiten versichert, sondern um handfestes Gewinnstreben um jeden Preis.

Was das oben erwähnte Brexit-Votum und die Wahl Donald Trumps verbindet, ist das Geld, was Robert Mercer in beide Abstimmungen investiert hat. Seine Geldzuweisungen galten nicht nur Trump, sondern auch der *United Kingdom Independent Party* (UKIP) und deren Gründer und Propagandist des Brexit, Nigel Farage. Auch hier war die inzwischen pleite gegangene Analysefirma *Cambridge Analytica* beteiligt, und eigenartig ist, dass diese Zusammenhänge zwischen den Vorgängen in beiden angelsächsischen Demokratien in der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion hierzulande so wenig Beachtung fanden und immer noch finden. Insbesondere bleibt die Rolle Robert Mercers und seiner Tochter Rebekah als entscheidende Geldgeber fast immer unerwähnt. Auch Bannon ist seit seiner Entlassung als oberster Berater Trumps aus den Schlagzeilen verschwunden. Allenfalls gibt es einige Beobachter, die vor seinen Aktivitäten im Blick auf die Wahlen zum Europaparlament warnen. Angeblich verfolgt er Pläne, in Viktor Orbáns Hauptstadt Budapest und in Brüssel Büros zu eröffnen, von wo aus er mit Beratung und Geldern die rechten Kräften in Polen (PIS-Partei), Ungarn (Orbáns Anhänger), Italien (Fünf Sterne und Lega Nord), Frankreich (Front National um Marine Le Pen), Niederlande (Anhänger Wilders) und Deutschland (AfD) unterstützen will. Das Ziel soll sein, im Europaparlament diese populistischen und nationalistischen Bewegungen so zu stärken, dass die Arbeit des Parlaments empfindlich gestört wird.

Die Brexit-Abstimmung ist eigentlich an Absurdität nicht zu überbieten, weil der damalige konservative Premierminister David Cameron die Volksabstimmung angesetzt hatte, um seine Machtposition zu festigen. Er

ging von der Überlegung aus, dass das Votum zugunsten einer Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union ausfallen würde. Er wollte also mittels eines positiven Votums seine Position untermauern und war nicht gegen, sondern für den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU. Es hätte daher alles beim Alten bleiben können. Dass dennoch eine Volksabstimmung angesetzt wurde, entpuppte sich als ein unverantwortliches Spiel mit dem Feuer, nicht zuletzt deshalb, weil solche plebiszitären Vorhaben an einer einfachen Überlegung hätten unterbleiben müssen. Wie alle inzwischen wohl verstanden haben, ist der Austritt eines Landes aus der EU ein hochkomplexes Unterfangen. Wie man die unterschiedlichen politischen, binnen- und außenwirtschaftlichen, rechtlichen und die vielen anderen Faktoren auf eine einfache „ja“ oder „nein“ Entscheidung reduzieren kann, bleibt unerfindlich, weist aber plebiszitäre Abstimmungen solcher Art in die Schranken.

Eine weitere Parallele zu den Vorgängen hüben und drüben des Atlantischen Ozeans ist ein in beiden Ländern immer wieder gebrauchtes Wort, um die entstandenen Verhältnisse zu charakterisieren: Chaos. Die Handlungen sowohl der britischen Premierministerin Theresa May und ihres Kabinetts als auch das Verhalten des Unterhauses hinterlassen nach zweijährigen zähen Verhandlungen bei Beteiligten und Zuschauern den Eindruck, dass chaotische Zustände entstanden sind und niemand, weder Parlament noch Regierung, weder die *Labour Party* noch die Konservativen, einen Durchblick zu haben scheinen. Was zudem auffällt ist der Sprachgebrauch. Die Premierministerin spricht immer davon, dass das „britische Volk“ den Austritt aus der EU will und dass sie den Willen des Volkes umsetzen muss. Dabei war die Abstimmung äußerst knapp ausgefallen. Weniger als 2 % der Wähler bestimmten über den „Willen des britischen Volkes“, wobei völlig unberücksichtigt bleibt, dass die Schotten und die Nordiren mehrheitlich für den Verbleib in der EU gestimmt hatten und daher offenbar nicht als *British people* im Sinne der Premierministerin eingestuft werden können. Dass im Weißen Haus chaotische Verhältnisse herrschen, seit Donald Trump dort eingezogen ist, wird sogleich noch weiter zu entfalten sein. Hier bleibt zunächst als Fazit festzuhalten, dass die beiden Demokratien ihre Leuchtkraft verloren haben, weil chaotische Zustände überkommene und mehr oder weniger gut eingespielte Ordnungen verdrängt haben.

### **MAGA *Make America Great Again***

Der wohl-feile Wahlkampfeslogan Donald Trumps lautete *Make America Great Again*. Diese Parole war gut ausgewählt, weil sie bei sehr unterschiedlichen Menschen durchaus unterschiedliche Erwartungen auslösen konnte. Flankiert wurde diese Devise von dem, was Trump vom ersten Augenblick seiner Wahl versprach: *From now on it's America first* = von jetzt an heißt es: Amerika zuoberst, um mit erhobenem Zeigefinger die zwei Worte noch

einmal zu wiederholen: *America first*. Es dürfte nicht unerheblich sein, den Slogan einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Das Verb „*make*“ ist ein Imperativ, ein Appell und kann in der Einzahl, aber auch in der Mehrzahl verstanden werden. Versteht man das Verb im Singular, richtet sich der Appellierende an jeden einzelnen Amerikaner / jede Amerikanerin. Der Sinn verschiebt sich jedoch nur unwesentlich, wenn man den Plural voraussetzt, weil sich in diesem Fall alle angesprochen fühlen sollen. Es kommt auf jede(n) an, und alle sind berufen, einen Beitrag für eine große Sache zu leisten. Der Appell geht jedoch nicht an die Elite. Man könnte im Gegenteil so argumentieren, dass der Ruf an alle zugleich die Zurückweisung der bisherigen Elite einschließt. Für diese Eliten steht stellvertretend Hillary Clinton, so dass ihre Wahlniederlage zugleich der Untergang des bisherigen Washingtoner Establishments bedeutet. Deshalb musste aus der Perspektive Trumps unerbittlich und mit allen Bandagen der Wahlkampf geführt werden. Mit einer Metapher peitschte Trump daher seine Zuhörer(innen) bei Wahlkampfveranstaltungen auf: Der Sumpf, in den die „alten“ Eliten das Land geführt hatten, muss endlich ausgetrocknet werden, damit ein „Machen“ wieder geschehen kann: „*Drain the swamp*“. Und für seine Gegnerin, die er in allen seinen Tweets als „*crooked Hillary*“ = verlogene Hillary bezeichnete, hatte er nur eine Lösung, die seine Anhänger aus voller Kehle brüllten: „*Lock her up*“ = Sperrt sie [in ein Gefängnis] ein.

Zielscheibe dieses nach der Wahl des Kandidaten Trump möglichen „Machens“ ist Amerika, das nach Trumps Meinung als Inbegriff des Wohlstands und des Rechts gilt. Der hergebrachte Lebensstil muss sich weiter ohne die Restriktionen entfalten können, die Umweltaktivisten auf ihre Fahne geschrieben haben und ohne, dass man sich ein schlechtes Gewissen einreden lässt, wenn man mit einem großen, Benzin verschlingenden SUV durch die Gegend fährt. Es geht auch darum, das Recht in Gestalt der Gesetze „wieder“ zum Zug kommen zu lassen, ohne dass „aktivistische“ Richter durch ihre Urteile „linke“ Politik betreiben. Die Gesetze müssen angewandt, aber nicht dazu missbraucht werden, um eine politische Agenda zu befördern. Die Fesseln, die eine ausufernde Bürokratie den Bürgern angelegt hat, müssen verschwinden; die Regierung muss auf das Nötigste reduziert werden, Steuern müssen gesenkt werden, damit die Wirtschaft wachsen kann und „*jobs, jobs, jobs*“ entstehen.

Man könnte diesen Katalog endlos weiter spinnen, aber zusammengefasst ist das alles mit dem Adjektiv „*great*“. Die Größe Amerikas ist sowohl seine militärische Stärke und seine wirtschaftliche Kraft, als auch seine damit einhergehende exzeptionelle Stellung in der Welt. Nach Trumps Amtsantritt ist die militärische Stärke, wenn man sie an den Geldern ablesen will, die dem Militärhaushalt zugewiesen werden, weiter gestiegen. Das hat dazu geführt, dass das Verteidigungsministerium Mühe hat, die Gelder auszugeben, und erhöht zugleich die schon länger bestehende Gefahr, dass das Militär zu einem Staat im Staat wird. Die Verbandelung von Wirtschaft

und Militär zu dem „militärisch-industriellen Komplex“, vor der bereits Präsident Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede an die Nation am 17. Januar 1961 dringend gewarnt hatte, ist inzwischen so weit fortgeschritten, dass „das Gewicht dieser Kombination“ die „Freiheiten oder demokratischen Prozesse gefährden“, wie Eisenhower geradezu vorausahnend warnte.<sup>2</sup> Dass Trump auch die Wirtschaft durch eine Steuerreform anzukurbeln suchte, hat ihm bei demokratischen Kritikern im Kongress und bedeutenden Wirtschaftswissenschaftlern den Vorwurf eingebracht, Konzerne und die Superreichen einseitig begünstigt zu haben, also gerade nicht den leidenden Bewohnern des „Rostgürtels“ (*rust belts*) geholfen zu haben, wie Trump immer wieder in Reden und auf Twitter beteuert. Die Unternehmenssteuer sank von 36 % auf 21 %, doch wurden nur in seltenen Fällen für das eingesparte Geld neue Mitarbeiter eingestellt. Stattdessen erhöhten sich die Gewinne der Unternehmen, was wiederum den Superreichen und ihren Kapitalvermögen zugute kam. Insgesamt belief sich die steuerliche Entlastung auf 1,5 Billionen US-Dollar, was wiederum das Staatsdefizit um fast 800 Billionen<sup>3</sup> US-Dollar ansteigen ließ, so dass für die versprochene zweite Steuerreform, die der Mittelschicht zugute kommen sollte, keine Gelder mehr zur Verfügung stehen.

Den Schluss des einprägsamen Slogans bildet das „*again*“. Die Größe Amerikas ist irgendwie abhanden gekommen. Das liegt zum einen an der falschen Elite, zum anderen aber ganz konkret an der Person seines Vorgängers Barack Obama. Man kann die Größe Amerikas „wieder“ herstellen, wenn nach Möglichkeit alle Maßnahmen seines Vorgängers zurückgedreht werden. Denn für Obama hatte Trump nur Verachtung. In dem Wort „*again*“ schwingt daher eine prononciert rassistische Note mit: Afro-Amerikaner sind nicht in der Lage, eine „richtige“ Politik für das Land zu machen. Trump schürte daher vor der Wahl eine Kampagne, die Obama beschuldigte, nicht in den USA geboren zu sein. Trump war der öffentlich wirksame Propagandist der „*birther*“, wie man die Menschen nannte, die diese Auffassung vertraten. Wäre das tatsächlich der Fall gewesen, wäre Obama für das Präsidentenamt gar nicht wählbar gewesen. Obama musste sich daher angesichts dieser feindlichen Unterstellung dazu hergeben, seine Geburtsurkunde öffentlich zu zeigen.

<sup>2</sup> In seiner Rede sagte Eisenhower: „[...] *we must guard against the acquisition of unwarranted influence, whether sought or unsought, by the military industrial complex. The potential for the disastrous rise of misplaced power exists and will persist [...]. We must never let the weight of this combination endanger our liberties or democratic processes.* Zitiert in: Erich Geldbach, In Gottes eigenem Land. Religion und Macht in den USA, Berlin 2008, 9.

<sup>3</sup> Im Gegensatz zum britischen Englisch kennt das Amerikanische keine „Milliarde“; stattdessen geht die Zählung von Million zu Billion und Trillion. Als Trump sein Amt übernahm, betrug das Defizit der USA 19.947 Trillionen; inzwischen ist entgegen aller Ankündigungen Trumps das Defizit auf 22.012 Trillionen gestiegen, also um 2.065 Trillionen US-Dollar. Zahlen nach Ryan Koronowski, „*Trump Said He'd Cut the National Debt, Very Quickly: It Just Hit a Record \$ 22 Trillion*“, ThinkProgress vom 13. Februar 2019.

Aber auch damit gaben sich einige nicht zufrieden. Unter denen, die diese Frage immer wieder auf die Tagesordnung setzten bzw. die öffentlich gegen Obama zu Felde zogen, waren nicht zuletzt evangelikale Prediger, die ihre Gegenargumente noch mit einem Islam-feindlichen Aspekt garnierten. Obamas zweiter Vorname „Hussein“, den diese Prediger stets geradezu genüsslich hinzusetzten, wenn sie den Namen des 44. Präsidenten in den Mund nahmen, zeige angeblich, dass Obama ein Muslim und kein Christ sei, wie zu sein er immer vorgebe. Man geht daher nicht fehl in der Analyse, dass sowohl das Verhalten Trumps als auch das der Evangelikalen auf einem massiven Vorurteil gegenüber Afro-Amerikanern und dem Islam beruht. Trump hat entsprechende Äußerungen getan, auch wenn er manchmal etwas vorsichtiger formulierte und sein Rassismus nicht ganz so offen zu Tage tritt, wie bei manchen Evangelikalen aus den Südstaaten. Es gibt aber auch genügend Fälle unentschuldbarer rassistischer Entgleisungen Trumps, etwa wenn er behauptet, „alle“ Mexikaner seien Drogenschmuggler und Vergewaltiger, die über US-amerikanische Frauen herfallen wollten, „alle“ mexikanischen Richter würden die Gesetze nicht kennen, alle Nigerianer lebten in Hütten, alle Haitianer hätten Aids, und viele Emigranten kämen aus „*shithole*“ Ländern. Alle diese Äußerungen zeigen seine rassistischen Vorurteile und seine Verachtung von Anderen, was seine unchristliche Haltung unterstreicht.

Seine Islam-feindliche Haltung kam in Trumps Versuch zum Ausdruck, die Einreise von Menschen aus überwiegend muslimischen Ländern zu verbieten. Dafür bekam Trump den Beifall seiner evangelikalen Befürworter, obgleich diese Handlung eine eindeutige Verletzung des Grundrechts der Religionsfreiheit darstellt. Der Ausstieg aus dem Abkommen mit dem Iran, durch das die Obama-Regierung und europäische Länder, darunter auch Deutschland, versucht hatten, den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern, verweist auf Trumps tiefgründige Zurückweisung des Islam in allen seinen Schattierungen. In diesem Fall ist die Politik der Administration sogar brandgefährlich, weil sie dem Iran jetzt die Möglichkeit gibt, an einer vormals realen oder auch nur eingebildeten Entwicklung von Atomwaffen zu arbeiten. Der Iran kann darauf verweisen, dass die Internationale Atomenergie Kommission in Wien als Überwachungs-gremium zu der Feststellung kam, dass das Land sich an den Vertrag und seine Auflagen gehalten hat, so dass die einseitige Kündigung durch die USA auch den Iran nicht mehr binden würde. Ein derartiger Schritt ist bisher unterblieben. Die USA versuchen unterdessen, mit einer rigorosen Wirtschaftsblockade den Iran wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Die Blockade geht mit Drohungen gegenüber Firmen aus befreundeten Nationen einher, keine Aufträge aus den USA zu erhalten, wenn man mit dem Iran Geschäfte mache und so die Blockade durchbreche. Auch für diese gefährlichen Handlungsweisen des Präsidenten gab es viel Beifall aus den Reihen der Evangelikalen, weil sie schon die auf Lug und Trug aufgebaute Politik von George W. Bush gegenüber dem Irak vorbehaltlos unterstützt

und Bush sogar bedrängt hatten, die amerikanischen Truppen vom Irak aus gleich in den Iran weiter marschieren zu lassen, um dort eine Änderung des Regimes (*regime change*) herbeizuführen.<sup>4</sup>

Die Wahlkampfdevisen enthält natürlich auch ein indirektes Versprechen, wenn man das „*again*“ nicht nur auf den Rassismus der Vergangenheit oder den Sexismus bezieht, sondern auch annimmt, was in dem „Rostgürtel“ der USA, wo viele Fabriken still gelegt werden mussten und vor sich hinrosteten, gut ankam, dass es eine „Rückkehr“ zu den alten Zeiten einer Wirtschaft gibt, die etwa im Kohlesektor, der Stahlindustrie oder dem produzierenden Gewerbe viele Arbeitsplätze bot, die inzwischen weggefallen und tatsächlich in Länder mit billigeren Arbeitskräften ausgelagert sind. Wie der Wirtschaftswissenschaftler und Kritiker Trumps, Paul Krugman, jedoch deutlich gemacht hat, wäre eine solche Möglichkeit auch nicht erfolgreich gewesen, selbst wenn Trump auch nur eine geringe Ahnung von Wirtschaftspolitik hätte. Denn diese „alten“ Zeiten sind unweigerlich vorbei. Die amerikanische Wirtschaft neigt immer mehr zu einem Wachstum im Dienstbereich und zu einem Abnehmen in der Produktion von Gütern.<sup>5</sup>

Der Wahlslogan MAGA hat aus der evangelikalen Position noch eine weitere Bedeutung. Dies kam unmissverständlich zum Ausdruck, als Robert Jeffress, einer der evangelikalen Pastoren, die von Anfang an Trump unterstützen und der als Pastor einer Megakirche, der *First Baptist Church* in Dallas, Texas, tätig ist, eigens für seinen Kirchenchor die Musik zu dem Wahlslogan schreiben ließ. Der Kirchenchor sang an einem Sonntag im Gottesdienst aus voller Überzeugung, wie man den Sängerinnen und Sän-

<sup>4</sup> Wiederholt hat Trump auf Twitter versucht, die Spionage- und Abwehrorganisationen der USA zu beschimpfen, weil auch sie zu dem Schluss kamen, dass der Iran sich an das Abkommen hält. Eine derartige Vorgehensweise gegen seine eigenen Behörden ist äußerst peinlich. Europäische Länder haben unterdessen für Firmen aus Europa, die mit dem Iran Handel treiben wollen, eine Möglichkeit ersonnen, Zahlungen abzuwickeln, um die Drohungen der USA zu unterlaufen. Große europäische Konzerne haben indes die Handelsbeziehungen zum Iran aus Furcht vor dem Druck aus den USA abgebrochen. Diesen Druck hatte der amerikanische Botschafter in Berlin, Richard A. Grenell, höchstpersönlich ausgeübt und außerdem bei der ultrarechten Agentur *Breitbart News*, für die Steve Bannon arbeitet, in einem Interview angekündigt, er wolle „konservative Kräfte“ in Europa gegen das „Establishment“ stärken. Dieses völlig undiplomatische Gehabe des Botschafters löste heftige Reaktionen aus. Der frühere SPD-Chef Martin Schulz sagte, Grenell benehme sich wie ein rechtsextremer Kolonialoffizier.

<sup>5</sup> Krugman schrieb am 29. November 2018 in der *New York Times*: „*Trump never had any idea how to deliver on that promise. And even if he had a clue about policymaking, he couldn't have changed the long-term trajectory of our economy, which is moving steadily away from making physical stuff and toward providing services.*“ Dass Trump von Wirtschaftspolitik wenig versteht, lässt sich in Woodward's Buch *Fear* (55–60) nachlesen, wo eine erste Begegnung zwischen dem Präsidenten von Goldman Sachs, Gary Cohn, und Trump geschildert wird. Nach einer Einlassung Cohns zum Thema Zinsen schlug Trump vor, dass die Regierung jetzt viel Geld leihen solle, um es dann, wenn die Zinsen wieder steigen, mit großem Gewinn zu veräußern. – In einem Zeitungsinterview zeigt es sich, dass Trump Zinsen (*interest rates*) und Zölle (*tariffs*) wiederholt verwechselte, also offenbar den Unterschied nicht kannte.

gern ansehen konnte, diese Worte „*Make America Great Again*“. Im Rahmen eines Gottesdienstes gesungen ist der Appell „*make*“ nicht mehr an das Wahlvolk gerichtet, zumal die Wahl bereits vorbei und Trump als Präsident vereidigt war. An wen aber richtet sich dann diese Aufforderung? In einer Kirche und in einem Gottesdienst kann „*make*“ dann nur noch als Gebet an Gott gerichtet sein. Der politische Slogan verwandelt sich unter der Hand in eine religiöse Bitte an den Allmächtigen, das Land „wieder“ groß zu machen. Das allein ist ein Vorgang, den man nur mit Kopfschütteln zur Kenntnis nehmen kann. Gott wird einseitig für Amerika und seine Größe vereinnahmt. Wenn aber Gott als Schöpfer „des Himmels und der Erde“ verehrt wird, lässt er sich unmöglich für ein Land in Anspruch nehmen, auch wenn viele Amerikaner ihr Land als „*God's own country*“ = Gottes eigenes Land wahrnehmen. Aus evangelisch-theologischer Perspektive muss man das Vorgehen des evangelikalen Pastors Jeffress, den politischen Werbespruch in eine Bitte an Gott umzuwandeln, und den so entstehenden theologischen Inhalt als „falsche Lehre“ bezeichnen. Diese Art des Evangelikalismus ist im Rahmen christlicher Tradition schlichtweg eine Häresie.

### Trumps „Sündenregister“

Wenn von einem „Sündenregister“ die Rede ist, geht es nicht um den erhobenen moralischen Zeigefinger, sondern um Verhaltensweisen Trumps, die in evangelikalen Kreisen normalerweise Anstoß erregen, die aber bei diesem Präsidenten wie von einer Teflonpfanne abperlen und offenbar außer Kraft gesetzt sind. Um es noch deutlicher zu sagen: Jede einzelne „Sünde“ würde in vielen evangelikalen Gemeinden zu einer Form von Kirchenzucht führen, die bis zu einem Ausschluss führen kann. Die massive Häufung des negativen Verhaltens Trumps muss daher um so mehr Erstaunen angesichts der Frage hervorrufen, warum seine evangelikale Gefolgschaft unbeeindruckt an ihm festhält.

#### *Trump – ein Lügner unter dem Deckmantel der „alternativen Fakten“*

Worin alle kritischen Beobachter Trumps übereinstimmen ist sein ausgesprochener Hang, Lügen oder irreführende Behauptungen aufzustellen. Die Tageszeitung „*Washington Post*“ hat eigens Angestellte, die sich als „*fact checker*“ betätigen und die herausgefunden haben, dass Trump in den zwei Jahren seiner Präsidentschaft ca. achttausend Lügen oder irreführende Behauptungen in Reden oder Interviews gesagt oder auf Twitter geschrieben hat. Anfang Februar lautete eine Aussage in dieser Tageszeitung, wie denn wohl die Nation dem Präsidenten Respekt entgegenbringen solle, wenn sie keinem Wort, was er sagt oder zwitschert, Glauben schenken kann. Seinen Ausflug in die Politik, die ihn ins höchste Amt des Landes führte, begann Trump, indem er, wie oben bereits angedeutet, die von ultra-rechten kräf-

ten gesteuerte Lüge des „*birtherism*“ willig aufgriff und sie massiv im Land streute. *Birtherism* ist die Verschwörungstheorie, dass Barack Obama per Geburt kein im Land geborener amerikanischer Staatsbürger und damit auch nicht wählbar sei. Damit verstieß Trump gegen die Würde der Person Obamas aus keinem anderen Grund, als dass dieser ein Schwarzer ist. *Birtherism* ist ein kaum verdeckter, auf Lügen aufgebauter Rassismus, der schwarzen Menschen politische Führungsaufgaben nicht zutraut. Wenn am Beginn des kurzen politischen Weges Trumps, der ihn ins Weiße Haus führte, eine große Lüge steht, bedeutet das eine Herausforderung für die ganze Nation, ja „eine tiefgründige Gefahr für die Nation, weil sie [= diese Lüge] die lebenswichtigsten Qualitäten demokratischer Werte, der moralischen Integrität und des wahren Erfindergeistes ausverkauft.“<sup>6</sup> Die anschließende Frage lautet natürlich, was die amerikanische Öffentlichkeit und nicht zuletzt auch die evangelikale Gemeinschaft für dieses Lügenmärchen empfänglich gemacht hat. Darauf wird noch einzugehen sein. Hier gilt es zunächst festzuhalten, dass der Mythos des *birtherism* am Beginn einer fortwährenden Lügengeschichte des gegenwärtigen Präsidenten steht und offenbar an Befindlichkeiten anknüpfen kann, die in der amerikanischen Geschichte der Sklaverei und des Rassismus tiefer verankert sind als es die Wahl Obamas vermuten ließ.

Dazu gehört auch seine aus dem Nichts im März 2017 hervorgeholte lügenerische Behauptung, dass nach Trumps Wahl der britische Geheimdienst GCHQ auf Veranlassung Obamas den Trump Tower in New York illegal „abhörte“, um Trump auszuspionieren. Der britische Geheimdienst wies umgehend diese Aussage zurück, und die britische Regierung verlangte eine Entschuldigung.<sup>7</sup> Trump jedoch blieb bei seiner Lüge, die er weiter auf Twitter verbreitete, so dass sich im Repräsentantenhaus der Ausschuss für die Geheimdienste mit der Affäre beschäftigen musste und den damaligen F. B. I. Direktor, James Comey, vorlud. Dieser erklärte nach einer „harten Befragung“: „*I have no information that supports those tweets*:“<sup>8</sup> Dass eine Lüge andere nach sich zieht, lässt sich im Leben häufig beobachten. Bei den vielen Lügen und irreführenden Angaben, die Trump in die Welt setzt, wäre es verwunderlich, wenn es anders wäre. Bei der Befragung Comeys kam heraus, dass das F. B. I. damals dem Verdacht nachging, Russland habe massiv in den Wahlkampf eingegriffen, um Trumps Wahl sicher zu stellen. Auch Trump selber war Gegenstand der Ermittlungen. Diese öffentlich gemachten Äußerungen Comeys hatten unmittelbar zur Folge, dass ein

<sup>6</sup> So Luba Kessler, *Birtherism and the Deployment of the Trumpian Mind-Set*, in: Bandy Lee (Hg.), *The Dangerous Case of Donald Trump*, New York 2017, 265.

<sup>7</sup> Emma Stefansky, „Trump Refuses to Apologize, Drags Germany into Absurd Wiretapping Lie“, in: *Vanity Fair* vom 18. März 2017.

<sup>8</sup> „Ich habe keine Informationen, die diese Twitter Nachrichten bestätigen“, zitiert bei Maya Kosoff, „F. B. I. Director Delivers Stinging Rebuke of Trump’s Wiretap Claim. James Comey says there is ‘no information that supports’ Trump’s baseless allegations“, in: *Vanity Fair* vom 20. März 2017.

Sonderermittler, der über weitreichende Möglichkeiten verfügt, eingesetzt wurde. Weil der damalige Justizminister Jeff Sessions zu Trumps Wahlkampfteam gehörte und mit dem russischen Botschafter in den USA, Sergei Kisljak, Kontakt gepflegt hatte, erklärte er sich bei der Ernennung des Sonderermittlers für befangen, was Trump für feige hielt und ihn seither hänselte und ihn schließlich im November 2018 zum Rücktritt bewegte. Statt Sessions nahm sein Stellvertreter Rod Rosenstein die Ernennung vor. Die Wahl fiel auf den allseits geachteten Juristen Robert Mueller, der von 2002 bis 2013 Direktor des F. B. I. gewesen war und am 17. Mai 2017 zum Sonderermittler ernannt wurde.

Er stellte umgehend ein hochrangiges Team aus Juristen zusammen und begann ungeachtet aller feindseligen Tweets von Trump mit der Arbeit. Trump und konservative Medien wie Robert Murdocks rechter Nachrichtensender *Fox News* oder die *Alt-right* Nachrichtenplattform *Breitbart News Network* stellten die Arbeit Muellers und seines Teams immer wieder in Frage, geißelten die Ausgaben, wie Trumps Beraterin Kellyanne Conway, und warfen dem Republikaner Mueller vor, er sei nicht objektiv, sondern befangen bzw. voreingenommen. Trump hielt den ganzen Aufwand für eine parteipolitische Hexenjagd (*witch hunt*), scheute aber vor dem Schritt zurück, den Sonderermittler zu entlassen. Davor hatten ihn einflussreiche Parteifreunde wie der Senator Lindsey Graham gewarnt.

Obgleich ein Abschlussbericht Muellers zum Zeitpunkt der Abfassung des vorliegenden Aufsatzes (15. Februar 2019) noch nicht verfügbar ist und daher auch nicht weiter auf die Arbeit eingegangen werden kann, lässt sich dennoch sagen, dass eine nicht unerhebliche Zahl aus Trumps innerem Machtzirkel entweder angeklagt worden ist oder bereits im Gefängnis sitzt. Das betrifft den ehemaligen Wahlkampfmanager Trumps, Paul Manafort, ebenso wie seinen früheren persönlichen Anwalt, Michael Cohen, den die Medien auch Trumps „fixer“ nennen, weil er immer wieder versucht hatte, für seinen Boss die Kastanien aus dem Feuer zu holen und Dinge zu richten. Er war es auch, der einer Porno-Darstellerin, Stormy Daniels, und einem *playboy girl*, Karen McDougal, vor der Wahl Schweigegelder zukommen ließ, damit die Frauen nicht durch ihre Trump kompromittierenden Aussagen die Wahl gefährden würden. Trump spielte die Zahlungen als „private finanzielle Transaktionen“ (*private financial transactions*) herunter.<sup>9</sup> Sein kurzzeitiger nationaler Sicherheitsberater Michael Flynn, sein langjähriger Vertrauter Roger Stone sowie seine Berater Carter Page, Rick Gates, George Papadopoulos und Richard Pinedo seien noch genannt, gegen die ermittelt wird. Außerdem hat Mueller Anklagen gegen dreizehn russische Staatsbürger und drei russische Firmen erhoben.

Die Liste der Anklagepunkte ist lang und umfasst u. a. Vergehen wie Meineid, Behinderung der Justiz, Falschaussagen gegenüber dem Kongress

<sup>9</sup> Diese Enthüllungen stellten die evangelikalischen Unterstützer Trumps vor erhebliche Probleme, auf die weiter unten näher eingegangen wird.

oder dem F. B. I., Geldwäsche, Steuerhinterziehung, Einschüchterung von Zeugen, Lobbytätigkeit für ausländische Regierungen, Verschwörung gegen die USA. Am 17. März 2018 schickte Trump folgende Twitter-Nachricht in die Welt, die als Zusammenfassung seiner Ansichten gewertet werden kann: „Die Mueller-Untersuchung hätte niemals begonnen werden dürfen; denn es gab kein (geheimes) Einverständnis [mit Russland] und keine strafbare Handlung. Sie [die Untersuchung] beruhte auf arglistigen Aktivitäten und einem falschen Dossier, das von der unehrlichen Hillary und dem Nationalkomitee der Demokratischen Partei bezahlt worden war und vom FISA Gericht inkorrekt gebraucht wurde, um meinen Wahlkampf zu überwachen. HEXENJAGD! = *The Mueller probe should never have been started in that there was no collusion and there was no crime. It was based on fraudulent activities and a Fake Dossier paid for by Crooked Hillary and the DNC, and improperly used in FISA COURT*<sup>10</sup> for surveillance of my campaign. WITCH HUNT!“ Man kann sich jedoch nur schwer vorstellen, dass Trump von den Machenschaften seiner unmittelbaren Beratern oder ihm auch sonst nahestehenden Personen nichts gewusst haben will und dass alles nur auf Hillary Clinton zurückzuführen ist oder eine Hexenjagd darstellt. Wer so spricht, entlarvt sich in aller Regel selber.

Die entscheidende Frage lautet, wie Spitzenkräfte der Evangelikalen und die weiße evangelikale Gemeinschaft insgesamt die Augen vor derartigen Vorfällen verschließen und sich immer wieder hinter diesen Präsidenten stellen können. Sie geben vor, dem „fehlerlosen“ Wort Gottes zu folgen, so dass sich ein sehr einfaches Problem ergibt, das man auf die Formel bringen kann, ob diese Leiter noch nie gelesen haben, dass es ein Gebot gibt, das da lautet: „Du sollst nicht lügen“.

### *Trumps Regierungsstil und sein Twitter-Chaos*

Zu den Lügengeschichten, die zumeist das Ziel haben, Trumps Erfolge und die seiner Regierung zu überzeichnen und deshalb ohnehin in die Kategorie der „fake news“ fallen, kommt ein völlig unkonventioneller Regierungsstil. Minister kommen und gehen, und nicht anders verhält es sich mit Spitzenberatern. Journalisten wie der BBC Korrespondent Nick Bryant<sup>11</sup> sprechen von einer Drehtür im Weißen Haus: Zwei Außenminister, zwei Verteidigungsminister, zwei Justizminister, drei Stabschefs des Präsidenten, dazu der Direktor des Umweltamtes, die Direktoren des F. B. I. und der N. S. A., der Pressesprecher sowie der oberste strategische Berater des Präsidenten benutzten bis dato diese Drehtür. Nach zweijähriger Amtszeit sind etwa 200 hochrangige Posten noch immer nicht besetzt. Anzumerken ist, dass

<sup>10</sup> Auf der Grundlage des 1978 erlassenen Gesetzes FISA = *Foreign Intelligence Surveillance Act* (Gesetz zur Überwachung der Auslandsaufklärung) besteht ein Gericht, das die Observierung amerikanischer Staatsbürger genehmigen muss.

<sup>11</sup> Nick Bryant, „How will history judge President Trump?“, BBC News New York, 17. Januar 2019.

Scott Pruitt, der entlassene Direktor des Umweltamtes, das den Namen *Environmental Protection Agency* (EPA) führt, genau in das verzerrte Weltbild Donald Trumps passte. Er hatte in der Amtszeit Obamas wiederholt für den Staat Oklahoma gegen das Amt prozessiert, weil es Obama trotz des Widerstands der Republikaner in beiden Kammern des Kongresses gelungen war, etliche Maßnahmen zum Schutz der Umwelt durchzusetzen. Dass Pruitt dagegen gerichtlich zu Felde zog, war in den Augen Trumps seine Qualifikation für den Chefposten. Trump hat immer wieder in seinen *tweets* den globalen Klimawandel und andere Umweltprobleme als *hoax* (= Ulk, hier im Sinn von Unfug) bezeichnet und dementsprechend den Rückzug der USA aus der Klima-Vereinbarung von Paris angeordnet. Pruitt musste gehen, weil er sein Amt für ausgedehnte Reisen und andere Annehmlichkeiten missbraucht hatte. Er gehört freilich zu den Evangelikalen, und die Frage stellt sich, ob er nie von den gemeinsamen Versuchen der Kirchen gehört hatte, für die „Bewahrung der Schöpfung“ einzutreten. Jedenfalls sind die Verleugnung des menschengemachten Klimawandels – entgegen aller wissenschaftlichen Erkenntnisse – und die Tatsache, dass die USA zu den größten Verschmutzern des Planeten gehören, keine „*fake news*“.

Der ungewöhnliche Regierungsstil kommt auch darin zum Ausdruck, dass außenpolitische Entscheidungen von Trump über *tweets* verbreitet werden. Diese Kurznachrichten können sich von einem auf den andren Tag widersprechen. So drohte Trump in der Syrienfrage dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan damit, dass er die Türkei wirtschaftlich ruinieren werde, um am nächsten Tag zu „zwitchern“, er habe in einem Telefonat mit Erdogan einen „*deal*“ erreicht, weil er die amerikanischen Truppen aus Nordsyrien abziehen wolle. Die dort ansässigen Kurden betrachteten diese Meldung als Gefahr für ihr Überleben, weil sie meinten, türkische Truppen würden nun in ihre Gebiete einmarschieren. Trumps Berater, wie der wenig später zurückgetretene Verteidigungsminister Mattis konnten – vorerst jedenfalls – Trump von einem überstürzten Rückzug amerikanischer Truppen abbringen, doch fragt sich, wie eine Regierung funktioniert, wenn weitreichende Entscheidungen offenbar nicht am Kabinetttisch getroffen werden, sondern Trumps „Bauchgefühl“ („*guts*“) entspringen und sie für alle überraschend über Twitter mitgeteilt werden. Es wird berichtet, dass Trump nicht in der Lage ist, längere Zeit an einem Problem, z. B. im Kabinett, zu arbeiten. Für ihn werden von den Beratern kurze Zusammenfassungen erstellt, weil er auch längere „*briefings*“ etwa der Geheimdienste oder des Außenministeriums nicht liest, von Büchern ganz zu schweigen.

In vielen Fällen sind die über die Kurznachrichtenplattform abgesetzten Tweets an Peinlichkeiten und Menschenverachtung nicht zu überbieten. Sein Außenminister Rex Tillerson erfuhr nach Staatsbesuchen in mehreren afrikanischen Ländern von seiner Absetzung kurz vor der Landung seiner Maschine in Washington. Nachdem Trump ihn bei seiner Berufung überschwänglich als „*one of the truly great business leaders of the world*“ (= einen der wirklich großen Geschäftsmänner der Welt) gelobt hatte, musste

Tillerson zur Kenntnis nehmen, dass er jetzt dargestellt wurde als „dumm wie ein Felsbrocken“ und „faul wie die Hölle“.<sup>12</sup> Evangelikale Unterstützer Trumps betrachten offenbar solche Äußerungen nicht als mit ihrem Glauben unvereinbar – so wie sie es auch unkommentiert hinnehmen, dass er Hillary Clinton stets als „*crooked Hillary*“ oder seinen evangelikalen Rivalen im Vorwahlkampf, den Senator aus Texas, Ted Cruz, als „*lyin' Ted*“ (= lügenden Ted) bezeichnete. Solche öffentlichen Kennzeichnungen von Personen kann man eigentlich nur als ehrenrührig und beleidigend einstufen, die mit der „Würde der menschlichen Person“ und damit auch mit der von Juden und Christen gemeinsam bekannten Gott-Ebenbildlichkeit des Menschen unvereinbar sind.

Ähnliches konnte man beobachten, als Trump mit seiner Körpersprache einen behinderten Journalisten vor den Fernsehkameras nachäffte oder wenn er die Psychologie-Professorin Christine Blasey Ford, die sich vor einem Senatsausschuss als Opfer eines sexuellen Angriffs outete, mit gespielter Mimik vor einem größeren Publikum lächerlich zu machen versuchte. Der sexuelle Übergriff soll von Brett Kavanaugh in betrunkenem Zustand ausgegangen sein; dieser war von Trump als Richter für den Obersten Gerichtshof vorgeschlagen worden. Die Senatsanhörung Kavanaughs und Fords hatte zur Konsequenz, dass über 2.400 Jura-Professoren in einem offenen Brief an die Senatoren appellierten, dem Vorschlag Trumps nicht zu folgen.<sup>13</sup> Die Professoren beriefen sich auf Bundesrecht und den Verhaltenskodex des Amerikanischen Richterbundes und stellten fest, dass Kavanaugh verpflichtet ist, „das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Unabhängigkeit, Integrität und Unparteilichkeit der Justiz zu fördern“, dass er aber mangelnden Respekt gegenüber demokratischen Institutionen und Frauen in Machtpositionen gezeigt habe und dass er nicht in der Lage sei, „sich an die richterliche Professionalität zu halten.“ Trotz dieser Intervention wurde Kavanaugh mit der knappen Mehrheit von 50 : 48 Stimmen im Senat bestätigt. Zuvor hatte einer der Protagonisten der Evangelikalen, Jerry Falwell jun. 300 Studenten seiner von seinem gleichnamigen Vater erbten *Liberty University* nach Washington geschickt, um für Kavanaugh zu demonstrieren, der sofort nach der Zustimmung des Senats feierlich im Weißen Haus zum Richter am Obersten Gerichtshof gekürt wurde.

Wortführer der Evangelikalen waren bei der Zeremonie anwesend. Einer der Ihren, Robert Jeffress, brachte in einem Interview mit dem rechten Sender *Fox News* seine Eindrücke auf den Punkt: „*I would say the oversensing feeling in the East Room was that good had triumphed over evil*“ = „Ich würde sagen, es war das empfindsamste Gefühl im East Room, dass das Gute über das Böse gesiegt hatte.“ Die Ernennung eines heiß umstrittenen Richters ist der Triumph des Guten über das Böse. Warum ist das so? In seiner

<sup>12</sup> Trump schrieb, Tillerson sei „*dumb as a rock*“ und „*lazy as hell*“. In Wirklichkeit war er als oberster Chef des Ölkonzerns ExxonMobile einer der größten Umweltverschmutzer.

<sup>13</sup> So die Tageszeitung *Washington Post* vom 4.10.2018.

zweijährigen Amtszeit hat Trump etliche konservative Ziele umgesetzt, die bei den Evangelikalen Beifallsstürme auslösten. Am wichtigsten war es für die Evangelikalen, dass er zwei neue Richter am Obersten Gerichtshof vorgeschlagen hat und der Senat seinen Vorschlägen gefolgt ist. Der Jubel über die Ernennung Kavanaugh's besiegelte einen langen Kulturkampf der Evangelikalen, das Richterkollegium des *Supreme Court* zugunsten konservativer Richter zu besetzen. Man muss sich deutlich vor Augen halten, was hier passierte: Eine Frau, die wie jede vierte Frau in den USA einer sexuellen Belästigung zum Opfer gefallen war, erzählte vor dem Senatsausschuss und den Fernsehkameras mutig ihre Geschichte. Sie hatte nichts zu gewinnen, sondern setzte ihre ganze Persönlichkeit aufs Spiel. Mächtige evangelikale Pastoren verurteilten sie als personifiziertes „Böses“, über das jedoch der „gute“ Richter gesiegt hatte. Das wahre Böse in der Welt ist jedoch Machtmissbrauch, Unterdrückung, Leiden, Korruption, Mord, Ungerechtigkeit. Für das evangelikale Ordnungssystem gilt dies offensichtlich nicht.

Für Evangelikale zählen andere Werte. Sie waren zufrieden mit den Reisebeschränkungen für Muslime aus überwiegend muslimischen Ländern und mit den gesetzgeberischen Maßnahmen gegen den weit verbreiteten Missbrauch von opioiden Schmerzmitteln. Auf seiner „Haben-Seite“ kann Trump auch verbuchen, dass er NATO-Mitglieder, darunter Deutschland, dazu gebracht hat, mehr Mittel für den Militärhaushalt aufzuwenden, dass er das Freihandelsabkommens Nafta (= *North American Free Trade Agreement*) neu verhandeln ließ und für die USA bessere Bedingungen erzielte, dass das jährliche Lohnwachstum gestiegen ist und dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. Besonderes Lob erhielt Trump von evangelikalen Führungsfiguren für die Verlegung der US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem, was allerdings etliche Tote auf Seiten protestierender Palästinenser nach sich zog. Die Umsetzung dieser Wahlversprechen werden regelmäßig von dem Präsidenten mit prahlerischem Aufwand zur Schau gestellt, was kritischen Beobachtern missfällt, der Begeisterung seiner Anhänger aber keinen Abbruch tut.

## Erklärungsversuche für das Verhalten der Evangelikalen

Angesichts der geschilderten Umstände, die auch Trumps Durchsetzungsvermögen nicht uneingeschränkt positiv erscheinen lassen, stellt sich um so dringlicher die Frage nach den Ursachen, die auf evangelikaler Seite für die kultartige Unterstützung des Präsidenten sprechen.

### *Sexualität*

Die erste Ursache liegt, grob gesprochen, auf dem Feld der Sexualität. Das hat mit dem zuletzt geschilderten Fall der Ernennung Brett Kavanaugh's zum Richter am Obersten Gerichtshof unmittelbar zu tun. Der separatisti-

sche Baptist Jerry Falwell sen. (1933–2007) berichtete in seiner Autobiografie, dass er eines Morgens in der Zeitung die Notiz las, dass der Oberste Gerichtshof der USA am 22. Januar 1973 im Fall *Roe versus Wade* entschieden hatte, dass die Verfassung ein Recht auf die Privatsphäre kennt und dass daher eine Abtreibung in den ersten Monaten mit der Verfassung vereinbar ist und daher straffrei bleiben soll. Politisch-reaktionäre Kräfte und evangelikale Hardliner reagierten äußerst brüsk und ersannen alle möglichen Maßnahmen, um dieses Urteil rückgängig zu machen. Falwell selbst baute mit Hilfe seines TV-Imperiums<sup>14</sup> die Lobby-Organisation „*Moral Majority*“ auf, um auf Mandatsträger in Parlamenten Einfluss zu nehmen. Derartige politische Arbeit hatte er in der Zeit der Bürgerrechtsbewegung strikt abgelehnt.

### *Abtreibung*

Empfänglich für Falwells Positionen erwies sich die Republikanische Partei, so dass sich evangelikale Christen in großer Zahl in dieser Partei engagierten und die „Christliche Rechte“ als „Republikanische Partei beim Beten“ apostrophiert wurde. Jerry Falwell und andere Anführer der „rechten Christen“ wurden wiederholt zu den Parteitagungen eingeladen und erhielten hervorgehobene Sitzplätze. Infolge der Verquickung von politischer Partei und evangelikal-fundamentalistischer Weltsicht kam es zu einem „Kulturkampf“, der in den USA seit Jahrzehnten erbittert geführt wird. Zuoberst auf der Agenda der „Christlichen Rechten“ steht die Abtreibungsfrage, und es gibt immer wieder Demonstrationen von Befürwortern („*pro choice*“) und Gegnern („*pro life*“) der Abtreibung. Gelegentlich fielen sogar Schüsse vor Kliniken, in denen Eingriffe vorgenommen werden, und etliche Ärzte und Krankenschwestern verloren bei diesen gewaltsamen Protestaktionen ihr Leben. Freilich wird man die Abtreibungsfrage in einen weiteren Horizont stellen müssen; denn erstens ist sie eingebettet in eine Reihe anderer Fragen sexuellen Verhaltens wie das Verhältnis der Geschlechter zueinander, die Gender- und Feminismus-Debatten, die Frage sexueller Orientierung und die damit verbundenen Gegebenheiten wie das Entstehen der *LGBTQ-Community*<sup>15</sup> und die Frage gleichgeschlechtlicher Ehen, Geburtenkontrolle oder Pornografie. Zweitens aber muss man die Abtreibungsfrage aus evangelikaler Sicht in den theologischen Rahmen stellen, der mit der These von der Besonderheit der amerikanischen Gesellschaft und ihrer Sendung zu tun hat. Auf beides soll jetzt näher eingegangen werden.

Innerhalb des Kulturkampfes in den USA treten Probleme auf, die aus europäischer Sicht befremdlich, ja grotesk erscheinen: Soll die Zensur eingreifen und Bilder aus Museen entfernen, weil auf ihnen allzu freizügig se-

<sup>14</sup> Er hatte ein TV-Programm „*The Old-Time Gospel Hour*“ mit guten Einschaltquoten und entsprechendem Spendenaufkommen.

<sup>15</sup> *LGBTQ* = *Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer*.

xuelle Darstellungen zu sehen sind und es sich um Pornografie, nicht aber um Kunst handelt? Ist das Gesetz zur Gesundheitsreform Obamas, *Affordable Care Act*, auch *Obamacare* genannt, verfassungskonform, weil Gelder für Kontrazeptiva zur Verfügung gestellt werden können, was aber gegen die religiösen Überzeugungen eines Arbeitgebers oder eines Konvents katholischer Nonnen verstößt? Ist der Verkauf einer Hochzeitstorte ein Fall von Religionsfreiheit, wenn es sich um die Hochzeit eines gleichgeschlechtlichen Paares handelt, und der Bäcker den Verkauf daher verweigert? Warum werden in einzelnen Staaten keine Gelder für Beratungsorganisationen wie *Planned Parenthood* freigegeben? Warum werden seit 1973 in Parlamenten einzelner Staaten weit über Eintausend Beschränkungen erlassen, die zum Ziel haben, den Zugang einer Frau zu legalem Schwangerschaftsabbruch zu beschränken? Die Antworten lauten in allen Fällen, dass einzelne Arbeitgeber wie die Inhaber der Ladenkette „*Hobby Lobby*“ oder Nonnen<sup>16</sup> oder der Bäcker geklagt haben oder dass die Parlamente restriktive Gesetze oder Beschränkungen erlassen sowie keine Gelder bewilligt haben.

Die Motive hinter diesen Verhaltensweisen lassen sich leicht erklären. Die kulturellen Veränderungen, die sich in den letzten Jahrzehnten ereignet haben und die als Teil einer freien und offenen Gesellschaft angesehen werden müssen, werden innerhalb der evangelikalischen Gemeinschaft und insbesondere auf ihrem extremen Flügel, dem Fundamentalismus, als Verfallserscheinungen interpretiert und daher mit theologischen Argumenten verworfen. Eine Abtreibung ist keine Wahlmöglichkeit für Schwangere, wie es die „*pro choice*“ Anhänger propagieren. Unter der Voraussetzung, dass menschliches Leben ab dem Verschmelzen von Ei und Samenzelle beginnt, muss nach dieser Argumentation jede Abtreibung als Mord gewertet werden. Manche gehen sogar so weit, von Frauen zu verlangen, auch nach einer Vergewaltigung oder einem Inzest ein dadurch entstehendes Kind auszutragen. Der entscheidende Sprung in der Argumentation heißt, dass es in den USA jährlich zu Millionen Morden an ungeborenem Leben kommt und dass daher die USA als Nation sich an der Schöpfungsordnung Gottes vergehen. Abtreibung ist daher eine nationale Sünde, die es mit sich bringt, dass Gott seinen besonderen Segen, den er dieser Nation auf Erden verliehen hatte und verleihen will, zu entziehen droht. Die Abtreibung ist daher nicht irgendein Fehlverhalten, sondern ein Schlüssel für den Verlust oder für das Erreichen der exzeptionellen Stellung Amerikas in der Welt. Der politische Wahlslogans Trumps, der in dem „*great*“ die militärische und wirtschaftliche Stärke des Landes zusammenfasst, wird religiös flankiert durch die Haltung des „*pro life*“. Nur wenn das ganze Land sich von der nationalen Sünde abwendet, kann die wahre Größe „wieder“ erreicht werden.

---

<sup>16</sup> Bei Fragen der Sexualmoral kommt es zu einer Allianz von Evangelikalen und Römischen Katholiken.

Ganz offensichtlich erwartet die evangelikale Wählerschaft, dass Trump dieses Ziel mit Hilfe des Obersten Gerichtshofs bewerkstelligen kann. Von daher waren sie gespannt, welche Kandidaten Trump vorschlagen würde, als zwei neue Richterstellen zu besetzen waren. Die Republikaner hatten durch eine Verzögerungstaktik Obama die Möglichkeit genommen, einen Richter vorzuschlagen. Die zweite Stelle wurde erst nach seiner Amtszeit frei. In beiden Fällen gelang es der republikanischen Senatsmehrheit, die von Trump vorgeschlagenen Richter zu ernennen: Neil Gorsuch wurde am 10. April 2017 vereidigt, während Brett Kavanaugh's Vereidigung nach erbittertem Streit, wie oben beschrieben, am 6. Oktober 2018 erfolgte. Damit ist der Oberste Gerichtshof wieder mit neun Richtern voll besetzt, und die sog. „konservativen“ Richter verfügen jetzt über eine 5:4 Mehrheit. Die relativ jungen Richter Dursich und Kavanaugh, die wie alle Richter auf Lebenszeit ernannt werden, können es auf lange Sicht möglich machen, dass einmal in der Zukunft Entscheidungen getroffen werden, die dem Willen der Evangelikalen entsprechen, vielleicht sogar erst dann, wenn sich nur noch wenige an den 45. Präsidenten Trump erinnern können. Es könnte aber auch bald dazu kommen, dass die neue Mehrheit des Gerichts einen Schwangerschaftsabbruch für nicht verfassungskonform erklärt, wie die Evangelikalen inständig hoffen.

### *Nashville Statement*

Das Ende des Kulturkampfes wäre damit aber noch nicht erreicht. Das lässt sich an einer Verlautbarung ablesen, die am 30. August 2017 veröffentlicht und von 187 prominenten Evangelikalen unterschrieben wurde. Die Liste der Unterzeichner ist inzwischen auf über 22.000 Menschen, zumeist Männer, angewachsen. Nach dem Ort der Veröffentlichung heißt diese Stellungnahme „*Nashville Statement*“. Vorbereitet und verbreitet wird sie vom „*Council for Biblical Manhood and Womanhood*“<sup>17</sup> und von der evangelikalen „Denkfabrik“ „*Family Research Council*“ unter seinem Präsidenten Tony Perkins, einem ordinierten Südbaptisten. In der Präambel wird festgehalten, dass „evangelikale Christen“ in einer „post-christlich gewordenen Kultur“ leben und sie herausgefordert sind, gegen den säkularen „Geist der Zeit“ die „Schönheit von Gottes Ordnung für das menschliche Leben“ neu zu bekennen.

Gleich im ersten Artikel wird bekräftigt, dass „Gott die Ehe als geschlechtliche, reproduktive, lebenslange Bundesbeziehung zwischen einem Mann und einer Frau angelegt hat.“ Auf die Bekräftigung folgt die Verwerfung, dass „Gott die Ehe als eine homosexuelle, polygame oder poly-

<sup>17</sup> Der Versuch, diesen eigenartigen Namen zu übersetzen, will nicht recht gelingen: „Rat für biblische Männlichkeit und Weiblichkeit“. Die Stellungnahme findet sich auch in deutscher Übersetzung unter: <https://cbmw.org/nashville-statement/>. Inzwischen wurde auf dieser Website bekannt gegeben, dass Ende 2018 über 250 holländische Pastoren diese Stellungnahme unterzeichnet haben.

amoröse Beziehung angelegt haben soll.“ Als Folgerung des Artikels 1 wird erklärt, dass „für alle Menschen Keuschheit außerhalb der Ehe und Treue innerhalb der Ehe“ verpflichtend sein soll. „Geschlechtsverkehr vor oder außerhalb der Ehe“ ist nicht zu rechtfertigen. Zwar sind, wie es weiter heißt, alle Personen vor Gott „gleichwertig“, aber Mann und Frau sind zugleich „verschieden“. Diese Sichtweise des Verhältnisses der Geschlechter beruht auf der These des Komplementarismus, die besagt, dass es geschlechtsspezifische Aufgaben oder Funktionen geben soll, die sich harmonisch einander ergänzen, also komplementär zueinander verhalten. Diese Sicht gilt gleichermaßen im Haus wie in der christlichen Gemeinde. In der christlichen Gemeinde ist es der Frau verwehrt, geistliche Gewalt über den Mann auszuüben. Ihr kann daher das Pastoren- oder Predigeramt nicht zustehen, so dass Frauen von einer Ordination ausgeschlossen sind. Im Haus bedeutet dies, dass dem Mann die Aufgabe zufällt, für den Unterhalt der Familie Sorge zu tragen, während es die höchste Bestimmung der Frau ist, Kinder zu gebären und groß zu ziehen. Die Südbaptisten haben diesen Sachverhalt in ihrem Glaubensbekenntnis „*Baptist Faith and Message*“ in die euphemistischen Worte gekleidet, der Mann sei der „*servant leader*“, das dienende Haupt, während die Frau ihm „*gracefully submissive*“ sein soll, sich ihm also mit Grazie unterordnet. Das Geschlechterverhältnis ist daher eindeutig hierarchisch mit dem Mann an der Spitze. Religion wird benutzt, um die männliche Dominanz zu zementieren. Man kann dies auch als Vorurteil oder als puren Sexismus bezeichnen.

Entsprechend diesem idyllischen Familienbild<sup>18</sup> sind nach Artikel 5 die männlichen und weiblichen Fortpflanzungsorgane wesentlicher Bestandteil des von Gott beabsichtigten Selbst-Konzepts von Mann und Frau. Körperliche Abweichungen oder psychologische Zustände können und dürfen die von Gott gewollte Verknüpfung zwischen dem biologischen Geschlecht und dem Selbst-Konzept als Mann oder Frau nicht aufheben. Das bedeutet konkret,

- dass es „ein homosexuelles oder transgender-basiertes Selbst-Konzept“ nicht geben kann (Artikel 7),
- dass es sündhaft ist, homosexuelle Unmoral oder Transgenderismus zu befürworten (Artikel 10),
- dass Menschen, die sich vom gleichen Geschlecht sexuell angezogen fühlen, durch den Glauben zu einem Leben in Reinheit gebracht werden sollen (Artikel 8), dass mithin der Glaube die alleinige Form der Therapie zur sexuellen „Norm“ im Sinne der Verfasser ist,
- dass nach Artikel 12 die Gnade Gottes eine verändernde Kraft ist, die es einem Nachfolger Jesu ermöglicht, sündhafte Begierden abzutöten.
- dass die Gnade Gottes befähigt, Transgender-Selbst-Konzepte aufzugeben und die von Gott bestimmte Verknüpfung zwischen dem jeweils

<sup>18</sup> Dabei sollte man beachten, dass die Scheidungsrate unter den Evangelikalen bei fast 30 % liegt.

eigenen biologischen Geschlecht und dem eigenen Selbst-Konzept als Mann oder Frau anzunehmen.

Der Ton der Selbstüberheblichkeit ist kaum noch zu überbieten. Die gesamte *LGBTQ community* ist von der Sünde gezeichnet und kann daher nicht Teil der christlichen Kirche sein. Als einziger Ausweg bleibt eine Konversion zum wahren Glauben und damit auch zur einzigen Norm menschlicher Sexualität, die nur in der reinen, evangelikalischen Gemeinschaft zu finden ist. Das „unmoralische“ homosexuelle Verhalten oder der Transgenderismus sind widergöttlich, und wenn solche Taten nicht nur von Kirchen, sondern auch dem Gesetz befürwortet werden – in allen 50 Staaten ist die gleichgeschlechtliche Ehe inzwischen anerkannt –, verliert Amerika seine bevorzugte Stellung unter den Nationen der Erde. Es ist im Begriff, seinen moralischen Kompass zu verlieren und handelt offen gegen Gottes Schöpfungsordnung.

Einer der Erstunterzeichner der Erklärung von Nashville war Russell Moore, der an der Spitze der Kommission für Ethik und Religionsfreiheit der Südbaptisten steht und der fast seine Stellung verloren hätte, weil er sich gegen die Wahl Trumps ausgesprochen hatte. Moores Organisation hatte die Tagung in Nashville mit gesponsert. Er nannte die Erklärung „einen dringend benötigten Augenblick für Evangeliums-Klarheit“. Das mag aus seiner Sicht so sein. Es stellen sich aber zwei grundsätzliche Probleme. Warum, so muss man sich doch fragen, gehen führende Evangelikale mit einer solchen Erklärung an die Öffentlichkeit, wenn sie auf der anderen Seite den gegenwärtigen Präsidenten geradezu umschwärmen, der doch das genaue Gegenteil von dem verkörpert, was die Erklärung von Nashville besagt? Die Ehe wird als *lebenslange* Beziehung zwischen *einem* Mann und *einer* Frau definiert. Man braucht aber nicht Präsident des „Rats für Familienforschung“ zu sein, um zu wissen, was alle Welt weiß, dass Trump zum dritten Mal verheiratet ist, dass er offenbar nicht wenige außereheliche Affären hat, von denen zwei in die Schlagzeilen kamen, weil Schweigegelder geflossen waren; dass er lauthals prahlte, er könne als *celebrity*, als Berühmtheit, jede Frau küssen oder sie sogar überall berühren. Auf einem als *Access Hollywood Tape* bekannt gewordenen Video machte Trump herabwürdigende Bemerkungen über Frauen. Als das Video veröffentlicht wurde, tat er seine damaligen Aussprüche als „*locker room talk*“ ab.<sup>19</sup> Viele Frauen sprechen von Trump als einen Misogynen. Daher noch einmal die Frage, warum die Evangelikalen so auf Trump fixiert sind und zu den treuesten seiner Anhänger gehören?

---

<sup>19</sup> Der „*locker room*“ ist in amerikanischen Schulen oder Universitäten der Umkleideraum, in dem man nach dem Umkleiden z.B. für den Sportunterricht, seine Kleider in einen Spind zum Abschließen hängen kann. Hier kann man sich nach dem Duschen wieder anziehen. Trump wollte zum Ausdruck bringen, in dieser Atmosphäre gäbe es „schlüpfrige“ Gespräche.

Nachdem die ersten Nachrichten von Trumps Affäre mit der Porno-Darstellerin Stormy Daniels öffentlich wurden, erklärte einer der Anführer der Evangelikalen, der beim Zustandekommen der Erklärung von Nashville eine führende Rolle spielte, Tony Perkins vom „*Family Research Council*“ in einem Interview: „*All right, you get a mulligan. You get a do-over here*“<sup>20</sup> = etwa: Gut, gut, Du kriegst einen freien Schlag [beim Golfen]. Du darfst es hier noch einmal versuchen. Dann zeigte Perkins in dem Interview auf, warum Trump eine zweite Chance bekommt. Das Gute, was Trump für die Evangelikalen tun kann, wiege nach Meinung Tony Perkins sein unbiblisches sexuelles Verhalten auf und berechtigt ihn dazu, dass die Evangelikalen ihm einen erneuten Versuch zugestehen. Perkins fuhr fort: Evangelikale seien es leid, weiter von Barack Obama und seinen Linken herumgeboxt oder herumgeschubst zu werden. „Und ich glaube, sie sind froh darüber, dass endlich einer auf dem Spielfeld steht, der gewillt ist, dem Angeber eins auszuwischen (= *to punch the bully*).“<sup>21</sup> Evangelikale erwarten viel von Trump, was bedeutet, dass sie davon ausgehen, er habe das Vermögen, ihre Wünsche und Sehnsüchte für ihre *community* und für das ganze Land zu erfüllen.

Sie folgen einem Narrativ, was bei Evangelikalen seit Jahrhunderten eingeübt ist: Beim Erzählen der Biografie erfolgt ein in der Regel abrupter Wechsel von einem „Damals“ zu einem „Jetzt“. Das „Damals“ ist vergangen und liegt im Dunkeln; es berührt das „Heute“ in Gedanken, Taten und Worten nicht mehr: „Das Alte ist vergangen, siehe Neues ist geworden.“ (2Kor 5, 17).<sup>22</sup> Im Fall Trumps waren Evangelikale willig, diesem Narrativ auch für dessen Person zu folgen, zumal einer ihrer großen Anführer, der Begründer der Organisation „*Focus on the Family*“<sup>23</sup>, James Dobson, kurz nach dem Nominierungsparteitag der Republikaner verlauten ließ, Trump sei ein „Baby-Christ“, d. h. er habe sich kürzlich „bekehrt“ und man müsse „behutsam“ mit ihm umgehen, weil er mit einer anderen Sprache aufgewachsen sei.<sup>24</sup> Man kann davon ausgehen, dass evangelikale Wähler sich dieses Gedankengut zu eigen gemacht haben. Was aber auffällt ist der Umstand, dass viele weiße Evangelikale trotz einer zweijährigen chaotischen Präsidentschaft Trump noch immer die Treue halten.

<sup>20</sup> Mulligan ist normalerweise ein Eintopf. Im Golfsport aber bedeutet das Wort einen erneuten, freien Schlag, der in einem Freundschaftsspiel einem Golfer nach einem schlechten Schlag zugestanden wird: *a free shot sometimes given a golfer in informal play when the previous shot was poorly played*. So lautet die Definition im Wörterbuch.

<sup>21</sup> Tara Isabella Burton, „Major evangelical leader says Trump gets a ‚mulligan‘ on Stormy Daniels affair. Family Research Council’s Tony Perkins is just glad Trump will ‚punch‘ back at liberals“, vox.com vom 23. Januar 2018.

<sup>22</sup> „So if anyone is in Christ, there is a new creation: everything old has passed away; see: everything has become new.“

<sup>23</sup> Tony Perkins Organisation „*Family Research Council*“ ging aus Dobsons Organisation hervor.

<sup>24</sup> [www.wnd.com/2016/06/dr-james-dobson-calls-trump-a-baby-christian/](http://www.wnd.com/2016/06/dr-james-dobson-calls-trump-a-baby-christian/).

### Religionsfreiheit

Es gibt Äußerungen von evangelikalen Anführern, die der Meinung sind, sie seien in den USA nicht mehr frei, um ihre Ansichten vertreten zu können. Daher hat neben Fragen der Abtreibung, der gleichgeschlechtlichen Ehe und anderer sexueller Themen die Verwirklichung der Religionsfreiheit höchste Priorität. Die Art, wie evangelikale Anführer mit diesen heißen Themen umgehen, ist allerdings mit einem hohen Risiko für eine pluralistische Gesellschaft verknüpft. Man muss sich noch einmal das Zitat von Tony Perkins vor Augen halten, um zu ermessen, um was es geht. Perkins und die Evangelikalen fühlten sich von Präsident Barack Obama „und seinen Linken“ herumgeboxt, *kicked around*, wie es im Original heißt. Der Unmut bricht sich Bahn, dass die Evangelikalen unter Trumps Vorgänger nur noch ein Spielball waren. Unter George W. Bush hatten sie sich daran gewöhnt, zu bestimmten Fragen um ihre Meinung gebeten zu werden. Man erhielt Einladungen ins Weiße Haus oder zumindest zu hohen Regierungsvertretern und Beratern und konnte in Entscheidungsprozesse eingreifen. Damals war die Angst weit verbreitet, die gleichgeschlechtliche Ehe könnte durch „aktivistische“ Richter in Präzedenzfällen für Rechtes erklärt werden. Um dem entgegenzuwirken, verfolgten die „aktivistischen“ Evangelikalen das Ziel, in einem Zusatz zur amerikanischen Verfassung die Ehe als Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau zu definieren,<sup>25</sup> was indes misslang.

Die Erklärung von Nashville macht deutlich, dass die Evangelikalen und Fundamentalisten nur ihre eigenen Normen kennen und diese absolut setzen. Niemand würde bestreiten, dass man solche Positionen vertreten und für sich als Maßstab anlegen kann. Wenn jedoch diese eine Gruppe innerhalb einer pluralistischen und offenen Gesellschaft ihre einseitig ethisch-moralischen Wertvorstellungen in die Verfassung eines Landes im wahrsten Sinn des Wortes „festschreiben“ lassen will, ist Gefahr im Vollzug.<sup>26</sup> Es könnte durchaus sein, dass die Evangelikalen durch die neue Zusammensetzung des Richterkollegiums am Obersten Gerichtshof ihre Vorstellungen von Abtreibung in irgendeiner Weise rechtsverbindlich verankern lassen könnten. Dann hätten sie, was bei der gleichgeschlechtlichen Ehe nicht gelang, einen deutlichen Etappensieg im Kulturkampf erstritten. Aber noch ist es nicht so weit. Die Hürden liegen hoch; insbesondere ist die Frage der Religionsfreiheit ein mögliches Hindernis.

Aber weder bei Trump noch bei den Evangelikalen ist das Recht auf Religionsfreiheit in guten Händen. Trump kann von einem auf den anderen

<sup>25</sup> Der damalige fundamentalistische Präsident der Kommission für Ethik und Religionsfreiheit der Südbaptisten, Richard Land, sagte in einem Interview mit der Zeitschrift *Christianity Today* vom 29. April 2004: „*We want a federal marriage amendment to keep the judiciary from forcing a secularist agenda on this country that this country does not want in the area of marriage.*“ Da täuschte sich Land grundlegend, denn die Mehrheit der Amerikaner akzeptiert inzwischen die gleichgeschlechtliche Ehe.

<sup>26</sup> Vgl. Geldbach, In Gottes eigenem Land, 220.

Tag seine Meinung radikal ändern. So etwa vollzog er eine vollständige Kehrtwendung bei der Frage, ob er „*pro choice*“ oder „*pro life*“ sei. Zunächst wusste er gegenüber Beratern den Unterschied nicht zu benennen. Sie machten ihm klar, dass er als Kandidat der Republikanischen Partei gegen Abtreibung sein müsse, was er dann auch durchhielt.<sup>27</sup> Das lässt sich an einem konkreten Fall belegen. Am 4. Mai 2017, dem Nationalen Tag des Gebets, hatte Trump eine Anzahl evangelikaler Anführer in den Rosengarten des Weißen Hauses eingeladen, wo er ein Dekret zur Förderung freier Meinungsäußerung und Religionsfreiheit<sup>28</sup> feierlich unterzeichnete. Dabei ging es um zwei Sachfragen. Zum einen richtete sich das Dekret gegen das sog Johnson Amendment, wonach religiöse Organisationen oder Kirchen(gemeinden) ihre Steuerbefreiung verlieren können, wenn sie aktiv Wahlkampf betreiben.<sup>29</sup> Zum anderen wurde ein Dekret Obamas zurückgenommen, wonach jeder Geschäftspartner mit der Bundesregierung sich keiner Diskriminierung schuldig machen durfte. Die Evangelikalen sahen Trumps Dekret als Schutz der Religionsfreiheit an, weil Geschäftsleute, die aus religiösen Gründen keine Schwulen oder Lesben einstellen, aus diesen Gründen nicht von möglichen Aufträgen durch die Bundesregierung ausgeschlossen werden. „Amerikanische Bürger sollten nicht gezwungen werden, ihren Glauben aufzugeben, um einen Geschäftsvertrag mit der Bundesregierung abzuschließen. Wir hoffen, dass [dieses Dekret] ein frühes Anzeichen dafür ist, dass der Schutz der Religionsfreiheit ein wesentliches Merkmal des Vermächtnisses der Präsidentschaft Trumps sein wird.“<sup>30</sup>

Ende Juli 2018 gab der damalige Justizminister Jeff Sessions die Bildung einer „Arbeitsgruppe Religionsfreiheit“ (*Religious Liberty Task Force*) bekannt, die alle Bundesbehörden überwachen soll, die „weitest mögliche Interpretation von Religionsfreiheit“ anzuwenden. Die „Mächte des Säkularismus“, begründete der Minister die Notwendigkeit der Einsetzung der Arbeitsgruppe, seien dabei, „unsere große Tradition der Religionsfreiheit zu zerfressen“. Diese „gefährliche Bewegung“ müsste daher besiegt werden. Sessions kennzeichnete Amerika als eine christliche Nation und unterstrich damit das Muster der Trump-Administration, die Bundesregierung als notwendig für den Bestand eines christlichen Nationalismus einzusetzen. Gleichzeitig unterstrich er, dass die amerikanische Gesellschaft heimgesucht werde, weil der Schutz der Religionsfreiheit fehle. Das

<sup>27</sup> Woodward, Fear, 3.

<sup>28</sup> *Executive Order on Promoting Free Speech and Religious Liberty*.

<sup>29</sup> Der damalige Justizminister Jeff Sessions erließ mehrere Richtlinien, wie die präsidentiale Order umgesetzt werden müsse, die den Beifall der Evangelikalen erhielt.

<sup>30</sup> So Abraham Hamilton III, ein Politikanalyst bei der evangelikalen Organisation *American Family Association*, zitiert von Michael Gryboski, „Trump Revokes Obama Executive Order Awarding Contracts to Companies With LGBT Policies“, *The Christian Post* vom 31. März 2017. Kate Kendell, die Exekutivdirektorin des Nationalen Zentrums für Rechte der Lesben, hielt dagegen: „[The revocation] is yet another example of why our elected officials, advocates, and our community must remain vigilant and continue working together to stop this administration’s regressive and harmful policies.“

gesellschaftliche Klima werde vergiftet, wenn eine Gruppe eine andere religiöse Gemeinschaft mit der Aufschrift „Hassgruppe“ kennzeichne<sup>31</sup>, wie es tatsächlich dem evangelikalischen „Familien-Forschungsrat“ widerfuhr, als die Menschenrechtsorganisation „Southern Poverty Law Center“ (das Rechtszentrum gegen Armut im Süden [der USA]) diesem Rat um Tony Perkins bescheinigte, er mache falsche Angaben über die *LGBT community*, die auf zweifelhafter Forschung und Schund-Wissenschaft (*discredited research and junk science*) beruhen.<sup>32</sup> Mindestens genauso bedenklich ist es jedoch, wenn von einem „christlichen“ Amerika gesprochen wird oder wenn die Regierung einseitig christliche Gruppierungen aus dem rechten Spektrum und damit einen christlichen Nationalismus fördert.

Der Assistenzprofessor an der Temple University in Philadelphia, David Mislin, hat ein Musterbeispiel vom Ende des 19. Jahrhunderts entdeckt, das helfen kann, die amerikanische Tradition der Religionsfreiheit ins recht Licht zu rücken.<sup>33</sup> Während dieser Zeit öffneten sich viele junge Intellektuelle der kritischen Wissenschaft, dem Agnostizismus und Atheismus. Außerdem waren viele Immigranten aus römisch-katholischen Ländern ins Land geströmt, so dass sich die Demografie entscheidend veränderte und die religiöse Vielfalt sichtbar zu Tage trat. Protestanten bangten um ihre tonangebende Stellung in der Gesellschaft, und es entstand eine Assoziation, die das Ziel verfolgte, einen Zusatz zur amerikanischen Verfassung zu verabschieden, um in das bisher „Gott-lose“ Dokument den Allmächtigen, Jesus Christus und die Bibel als „oberste Richtschnur für das Verhalten der Nationen“ einzuführen. Die letzte Aussage verriet eine klar erkennbare anti-katholische Sprache. In der Assoziation waren Vertreter vieler protestantischer Kirchen vertreten, und ein Richter am Obersten Gerichtshof, William Strong (1808–1895; Richter zwischen 1870 und 1880), hatte zeitweilig den Vorsitz. Er war es, der die Verfassung „ausdrücklich christlich“ machen wollte, damit das protestantische Christentum nicht „ausgelöscht“ werde.

Ein erbitterter Gegner dieser Argumentation war Washington Gladden (1836–1918), ein Pastor der Kongregationalistischen Kirche. Er ist ein angesehenen Vertreter der *social gospel* Bewegung, setzte sich für Gewerkschaften ein und wurde zu einem Verfechter der Rassengleichheit, nachdem er den entsetzlichen Zustand der schwarzen Bevölkerung im Süden der USA erlebt hatte. Gladden war eine Zeit lang Mitarbeiter der Wochenzeitung „*New York Independent*“, die eine Auflage von einer Million hatte und im ganzen Land gelesen wurde. Er war für die religiösen Nachrichten zuständig. Gladden war der Ansicht, dass die Bürger für ihren Glauben „auf gleichem Fuß“ stehen sollten, ganz gleich, was der Inhalt ihres Glaubens ist.

<sup>31</sup> Meldung in: Vox vom 31. Juli 2018.

<sup>32</sup> Ben Schreckinger, „Has a Civil Rights Stalwart Lost Its Way?“, in: PoliticoMagazine, Juli/August 2017.

<sup>33</sup> David Mislin, „This 19<sup>th</sup>-Century Argument over Federal Support for Christianity still Resonates“, in: The Conversation, August 30, 2018.

Besondere Privilegien für eine besondere Religion lehnte er ab. Nur auf dieser Grundlage kann die Religionsfreiheit für alle gleichermaßen gedeihen. „Wenn unser Christentum von solch zerbrechlicher Beschaffenheit ist, dass nichts außer einem Verfassungszusatz es retten wird, dann gilt: je schneller es ‚ausgelöscht‘<sup>34</sup> wird, desto besser für das Land.“<sup>35</sup> Privilegien für nur eine Religion oder wenige Religionsgemeinschaften oder Verfassungszusätze, die Amerika als „christliches Land“ absichern sollen, sind für die Religionsfreiheit schädlich. Das hatten bereits die Väter der Verfassung gewusst und daher sich an die Anfänge der Religionsfreiheit erinnert, die mit Roger Williams (ca. 1603–1683) und John Clarke (1609–1676) begann und die in die Verfassung ihrer Kolonie festschrieben, den Bewohnern „*full liberty in religious concerns*“ = volle Freiheit in religiösen Angelegenheiten zu garantieren. Roger Williams wollte „eine Hecke oder Mauer zwischen dem Garten der Kirche und der Wildnis der Welt“ haben, um Staat und Religion so getrennt zu halten, dass die Freiheit für alle möglich wird.

Trump und seine evangelikalen Befürworter wollen das nicht. Die Evangelikalen sehen die USA in Gefahr, der besonderen Berufung durch Gott wegen der vielen nationalen Sünden nicht entsprechen zu können. Deshalb umgarnen sie den Präsidenten, um besondere Privilegien zu erhalten, und Trump verspricht ihnen, ihren Wünschen nachzukommen und zu liefern. Wenn Trumps evangelikale Befürworter von Religionsfreiheit reden, meinen sie nur sich selbst, weil nur sie die wahren Kriterien kennen, die Amerika „wieder“ zu dem Leuchtturm für alle Völker macht. Die Annahme, dass Amerika je in der Vergangenheit diese Leucht-Funktion hatte, beruht auf einer Mystifizierung der amerikanischen Geschichte bzw. einer Alternative zu den Fakten. Mit Ausnahme einiger totalitär regierter Staaten, zu denen sich Trump eigenartigerweise hingezogen fühlt, oder osteuropäischer „il-liberaler Demokratien“ wird man in der Welt wenig Verständnis für dieses Blendwerk aus falsch verstandenem Patriotismus, religiös-endzeitlich überzeichnetem Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und weißem Überlegenheitsdünkel finden können.

## Malignant Normality

Im Jahr 2017, einige Monate nach der Amtseinführung von Präsident Donald Trump, erschien in den USA ein von Bandy X. Lee herausgegebenes Buch mit dem Titel „*The Dangerous Case of Donald Trump. 27 Psychiatrists and Mental Health Experts Assess a President*“ = Der gefährliche Fall des Donald Trump. 27 Psychiater und und Psychologen (Experten der men-

<sup>34</sup> Gladden gebraucht hier dasselbe Wort (*obliterate*) wie Strong.

<sup>35</sup> Zitat bei *Mislin*, a. a. O. Man vgl. außerdem *Proceedings of the National Convention to Secure the Religious Amendment of the Constitution of the United States*, Philadelphia: Jas. B. Rodgers Co. 1872. In diesem Buch sind die Argumente für einen Zusatz zur Verfassung in vielen Referaten und protokollierten Diskussionsbeiträgen nachzulesen.

talen Gesundheit) bewerten einen Präsidenten. Die Herausgeberin ist als Professorin an der Medizinischen Fakultät der Yale Universität tätig und hatte schon im April 2017 an ihrer Universität eine Konferenz organisiert, die sich mit dem Thema beschäftigte „*Does Professional Responsibility Include a Duty to Warn*“ = Schließt professionelle Verantwortung eine Pflicht zu warnen ein?<sup>36</sup> Das Buch ist offenbar aus der Konferenz hervorgegangen. In einem Prolog kommen Judith Lewis Herman und die Herausgeberin zu folgendem Schluss: „Gemeinsam mit unseren Ko-Autoren warnen wir davor, dass jemandem, der mental so instabil ist wie Mr. Trump, einfach nicht die Vollmachten der Präsidentschaft über Leben und Tod anvertraut werden sollten.“<sup>37</sup>

Zu diesem klaren Ergebnis kamen die Gesundheitsexperten, wobei sie sich über die sog „Goldwater Regel“ hinwegsetzen mussten, die besagt, dass sich Psychiater einer Ferndiagnose von Personen des öffentlichen Lebens, die sie nicht selbst untersucht haben, enthalten sollten.<sup>38</sup> Diese Regel sollte indes keineswegs außer Kraft gesetzt werden, sondern im Gegenteil nach wie vor als ethische Grundlage dienen, um Vorgehensweisen und Verhalten der Psychiatrie zu steuern. Die Herausgeberin brachte das Dilemma auf den Punkt, als sie schrieb, dass sie sich als Expertin nicht auf eine bloße Zuschauerhaltung zurückziehen dürfe, wie es die „Goldwater Regel“ nahe legen könnte, während es gleichzeitig um eines der größten Notfälle unserer Zeit, möglicherweise um das Überleben der Menschheit, gehe.<sup>39</sup> Es kann deshalb in diesem Abschnitt auch nicht um die Bewertung der extremen Impulsivität, der auffallenden Ich-Bezogenheit, der fehlende Empathie, der mangelnden Selbstkontrolle, der offenkundigen Verlogenheit, der ausgeprägten Mittelsamkeit z. B. über Twitter, der Prahlerei im Stil einer Reklamesprache bei gleichzeitigem Mangel an Sprachfähigkeit, des Rassismus und des Sexismus der Person des Präsidenten Donald Trump gehen, sondern es sollen die Auswirkungen, die dieses Verhalten haben kann oder bereits ausgeübt hat, in den Blick treten.

Als Erklärungsmuster dient dazu das Vorwort zu dem Buch „*The Dangerous Case ...*“, das Robert Jay Lifton verfasst hat. Lifton ist u. a. durch seine Studien über die Ärzte, die während der Herrschaft des Nationalsozialismus an Kriegsverbrechen beteiligt waren<sup>40</sup>, sowie über seine Arbeit mit Überlebenden der atomaren Bombardierung Hiroshimas hervorgetreten. Sein Vorwort trägt die Überschrift „*Our Witness to Malignant Normal-*

<sup>36</sup> Vgl. zur Yale-Konferenz <https://us.macmillan.com/static/duty-to-warn-conference-transcript.pdf>.

<sup>37</sup> Lee (Hg.), *The Dangerous Case*, 8.

<sup>38</sup> American Psychiatric Association, „APA Remains Committed to Supporting Goldwater Rule“, [www.psychiatry.org/news-room/apa-blogs/apa-blog/2017/03/apa-remains-committed-to-supporting-goldwater-rule](http://www.psychiatry.org/news-room/apa-blogs/apa-blog/2017/03/apa-remains-committed-to-supporting-goldwater-rule). Der republikanische Senator Barry Goldwater hatte geäußert, man könne in Vietnam eine Atombombe einsetzen.

<sup>39</sup> Lee, *The Dangerous Case*, 11.

<sup>40</sup> Robert J. Lifton, *The Nazi Doctors: Medical Killing and the Psychology of Genocide*, New York 1986, deutsch: *Ärzte im Dritten Reich*, Stuttgart 1988.

ity“ = Unser Zeugnis gegenüber bösartiger Normalität. Lifton geht davon aus, dass alle Gesellschaften Wege der Betrachtung, des Denkens und Verhaltens ausbilden, die als erstrebenswert oder normal angesehen werden. Die Kriterien für „Normalität“ können sich ändern und sind in der Regel „benigne“, gutartig. Sie können aber auch destruktiv oder sogar maligne, bösartig, werden. Eine solche maligne Normalität herrschte z. B. in Auschwitz. Ärzte, die dorthin abkommandiert wurden, taten das, was man von ihnen erwartete. Einige rebellierten zunächst, doch mit der Hilfe und Unterstützung „erfahrener“ Kollegen, großer Mengen alkoholischer Getränke und Geselligkeiten wurden die meisten Ärzte in die Lage versetzt, ihre anfänglichen Ängste zu überwinden und fügten sich in die Todesmaschinerie ein. Sie passten sich dem Bösen an; das Böse erschien jetzt als „normal“, was die Täter der Verpflichtung enthob, über ihre mörderischen Taten vor sich selbst und möglicherweise anderen Menschen Rechenschaft abzulegen.

Auschwitz bzw. das, wofür dieser Ortsname steht und wofür sich das Wort Holocaust durchgesetzt hat, ist sicher ein Extrembeispiel oder, wie es Roy Eckart einst ausdrückte, ein „*uniquely unique event*“, ein in seiner Einzigartigkeit einzigartiges Ereignis. Man sollte daher Vorsicht walten lassen, vorschnell Folgerungen für die gegenwärtige Situation zu ziehen oder gar Parallelen zwischen dem Nazi Reich des Bösen und der gegenwärtigen Ära unter Trump zu ziehen. Dennoch lässt sich mit Lifton sagen, dass Trump „gefährliche individuelle psychologische Muster“ aufweist. Lifton erläutert, dass Trump sich seine eigene Realität schafft, und dass er es nicht vermag, mit den unabwendbaren Krisen umzugehen, denen sich ein Präsident der USA gegenübersehen muss. Wiederholt, so hebt Lifton hervor, hat er gegen die institutionellen Anforderungen des Amtes verstoßen und die Lebensfähigkeit der amerikanischen Demokratie bedroht. Die ganz entscheidende Folgerung lautet, dass, weil Trump nun einmal der Präsident ist, eine Tendenz in der Gesellschaft besteht, das, was er tut und sagt als Teil des „normalen“ demokratischen Prozesses zu betrachten. Es schleift sich gewissermaßen ein, dass dies politisch und sogar ethisch „normal“ ist. „Auf diese Weise wird ein gefährlicher Präsident normalisiert, und maligne Normalität beginnt, unsere Regierungs- (oder sollte man sagen, unsere Antiregierungs-) dynamik zu beherrschen.“<sup>41</sup>

Es bedarf, das ist die weitere Folgerung, investigative Journalisten, Menschenrechtsgruppen und andere Nicht-Regierungsorganisationen und dann eben auch professionelle Assoziationen oder Gesellschaften, die über das notwendige Wissen und die Fähigkeiten verfügen, die „bösartige Normalität“ in ihrer Bösartigkeit bloß zu stellen, die Lüge auch Lüge zu nennen und Fakten sprechen zu lassen. Das sieht Lifton in der gegenwärtigen Lage als dringlich an: „Es wird uns abverlangt, die Dringlichkeit der Situation zu erkennen, in der der mächtigste Mann der Welt zugleich der Inhaber tief greifender Instabilität und Unwahrheit ist.“ Mit „ethischer Leidenschaft“

<sup>41</sup> In: Lee, *The Dangerous Case*, xvi–xvii.

soll die Gefahr ans Licht gebracht und angesichts der malignen Normalität das Leben bejaht werden. Die professionelle Ethik verlangt im Hier und Jetzt „die Pflicht zu warnen“.<sup>42</sup>

## Die Evangelikalen und die maligne Normalität

„Dies ist der dem Glauben gegenüber förderlichste Präsident, den wir je hatten“, so reden evangelikale Anführer wie Jerry Falwell jr., der Präsident der von seinem Vater gegründeten *Liberty University* oder Pastor Robert Jeffress über Präsident Trump. Keine andere religiöse Gruppe hat derart leichten Zugang zum Weißen Haus wie die evangelikalen Anführer. Einer, der sich auffallend zurückhält, aber gleichwohl Trump unterstützt, ist Franklin Graham, der Sohn des bekannten Evangelisten Billy Graham (1918–2018). Politisch habe Trump im Wahlkampf alles falsch gemacht: Er beleidigte die Schwulen, die Frauen, das Militär, die Schwarzen und die Einwanderer aus Lateinamerika, die sog. Hispanics. Wenn aber Trump alle diese Gruppen beleidigte, wie konnte er da die Wahl gewinnen, fragt Franklin Graham, um sogleich die einfache Antwort zu geben: „Nur Gott konnte das tun“. Es steht für Graham außer Frage, dass Gott den Präsidenten bestärkt. „Kein Präsident während meiner Lebenszeit – ich bin jetzt 64 Jahre alt – spricht so viel über Gott wie Donald Trump“.<sup>43</sup>

Es gibt Bilder, die zeigen, wie Trump mit ernstem Gesicht an seinem Schreibtisch sitzt und von evangelikalen Männern und einer Frau umgeben ist. Er zeigt wie mit einem Zepter auf einen der Männer, der dann beginnt: „*Thank you, Mr. President, for your leadership*“, so als wären seine Führungsqualitäten so offensichtlich, dass man dafür danken könnte. Und dann kommen all die anderen Sprüche, die reihum von den anwesenden Pastoren gesprochen werden, dass Trump Gott als seine höchste Quelle der Weisheit anerkennt, dass er die Nation wieder zum Beten aufgerufen hat und an die Kraft des Gebets glaubt, dass das zerstrittene Land wieder geeint wird und wieder eine nach allen Seiten sichtbar-leuchtende Stadt auf dem Berge wird, dass mit dem Präsidenten ein Neubeginn erfolgt ist. Immer wieder streckt Trump seine Hand aus und ergreift die des Pastors, der soeben gesprochen hat, um ihm zu danken „*thank you, thank you*, und dann auf den nächsten zu zeigen, der fortfährt mit lobenden, aber im Grunde nichtssagenden Worten. Trump genießt sichtlich, dass die Anwesenden, als vorletzte die einzige Frau, vor allem sein Ego massieren und beim abschließenden Gebet durch Jeffress sein Werbeslogan MAGA nicht vergessen wird.

<sup>42</sup> Ebd., xviii–xix.

<sup>43</sup> *Emma Green*, Franklin Graham Is the Evangelical Id. The Famous Preacher’s Son Embodies all the Contradictions of Trump’s America, in: *The Atlantic*, vom 21. Mai 2017. Es frag sich natürlich, was Trump sagt.

Die einzige Frau in der Männerrunde ist Paula White, eine Vertreterin des „Wohlstands-Evangeliums“ (*prosperity gospel*), die bei Trumps Inauguration ein Gebet sprechen durfte und die schon seit vielen Jahren als seine spirituelle Beraterin wirkt, nachdem Trump eines ihrer TV Programme gesehen und sie spontan angerufen hatte. Obwohl es einigen dieser evangelikalischen Männern schwer fallen muss, eine Frau als Pastorin zu akzeptieren und obwohl sie eine in den Augen der meisten zweifelhafte Lehre vertritt, sind doch alle in dem Bewusstsein geeint, an der Quelle der Macht sitzen zu dürfen. Versammelt sind aber keine Propheten, die dem Mächtigen die Wahrheit entgegenhalten, sondern sie wirken wie treue Priester einer Staatsreligion, die das sagen, was alle falschen Propheten tun: wie Speichellecker dem Mächtigen nach dem Mund zu reden. Man kann sich leicht vorstellen, dass Paula Whites Wohlstands-Evangelium bei Trump gut ankommt. Unter *prosperity gospel* versteht man, dass die Anhänger einige als „biblisch“ apostrophierte Regeln einhalten, um finanziellen Segen von Gott zu erhalten. Wohlstand ist unmittelbarer Beweis für Gottes Segen und die eigene „geistliche Fitness“. White, die derzeit als „Seniorpastorin“ des *New Destiny Christian Center* in Apopka im Staat Florida tätig ist und einen ziemlich aufwendigen Lebensstil betreibt, verfügt nach wikipedia über ein Konto von \$ 5 Millionen, was sie mit vielen Vortragsreisen, Büchern, TV- und Radioprogrammen erwirtschaftet hat.

Es gibt eine Reihe auffallender Parallelen zwischen dem Präsidenten und der Pastorin. Für beide ist das Geld offenbar von besonderer Bedeutung, beide hatten einige finanzielle Krisen, und beide hatten mit dem Finanzamt Probleme; Paula White und ihr zweiter Ehemann legten ihre Finanzen nicht offen, so wie es auch Trump entgegen den Gepflogenheiten der letzten Präsidenten bis heute nicht getan hat. Beide sind zum dritten Mal verheiratet; Paula White ist die vierte Frau ihres jetzigen Ehemannes, was normalerweise in frommen Kreisen nicht geduldet wird. Dazu zählen auch außereheliche Affären, wie bei White eine Affäre mit dem Pfingst- und Fernsehprediger Benny Hinn. Aber alle Angriffe auf ihre Person weist sie weit von sich und interpretiert sie als Angriffe Satans. Zum Nominierungsparteitag der Republikaner durfte sie mit der Familie Trump fahren, und sie berichtete später, dass sie „Gott gebeten habe, ihm [= Trump], seine Worte und seinen Sinn zu verleihen und ihn zu gebrauchen – dass es nicht seine, sondern Gottes Worte seien und dass er wirklich sensibel gegenüber dem Heiligen Geist sei“. Sie habe Fürsprache eingelegt gegen jede Intrige oder jeden Plan oder jede Waffe des Feindes, dass dies alles nicht dem Willen oder Plan Gottes entgegenstehe.<sup>44</sup> Nach Franklin Graham und Paula White kann es nur Gott gewesen sein, der die Nominierung Trumps durch den Parteitag förderte. Anderenfalls hätte der „Feind“ gesiegt. Dass er später

---

<sup>44</sup> TIME Magazine vom 14. September 2016. Trump bekannte von White: „*Paula is a person of great faith and accomplishment. She has been a tremendous friend and I am grateful for her guidance and support.*“

noch die Wahl gewann, muss dann erst recht dem Willen Gottes entsprechen. Als Trump nach Israel reiste, um die Verlegung der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu feiern, verstieg sich der mitgereiste Pastor Robert Jeffress zu der Behauptung, Trump, „*this great President*“, stehe nicht nur auf der Seite der Geschichte, sondern auf der Seite Gottes.<sup>45</sup>

Hat die Wissenschaft und haben die Gesundheitsexperten die ihrem Verhaltenskodex gemäße Pflicht, vor diesem Präsidenten zu warnen? Wird die amerikanische Gesellschaft durch diesen Präsidenten und seine Administration von einer schleichenden malignen Normalität heimgesucht? Wenn dem so ist, wären die evangelikalen Befürworter dieses Präsidenten zugleich die Beförderer der Malignität. Wäre es umgekehrt und hätte Gott diesen Präsidenten eingesetzt, würden sich die Warner gegen den Allmächtigen vergehen und täten der Gesellschaft einen Bärendienst. Wie soll man entscheiden?

Man muss nicht einmal Maßstäbe christlicher Ethik anlegen, um klar sagen zu können, dass sich Trump fortwährend in Lügen verstrickt, dass er in seinen Tweets menschenverachtende Äußerungen schreibt, dass er wiederholt gegen eheliche Treue verstoßen hat, dass er unter demonstrierenden Nazis auch „*good people*“ entdeckt haben will, dass er einen ehemaligen Richter, Roy Moore aus Alabama, unterstützt hat, als dieser sich erfolglos um einen Sitz im Senat bewarb und herauskam, dass er als etwa 30jähriger Mann in einem Einkaufszentrum kleine Mädchen verfolgte und belästigte, dass er die freie Presse und den Journalismus gefährdet, weil er pauschal die Journalisten, die ihn kritisieren, als „Feinde des Volkes“ abtut, dass er die Religionsfreiheit nur eingeschränkt wahrnimmt, dass er einen chaotischen Regierungsstil an den Tag legt und dass er schließlich auch deshalb so gefährlich ist, weil er entgegen aller ernst zu nehmenden wissenschaftlichen Erkenntnisse den Klimawandel leugnet. Man kann daher keine andere Schlussfolgerung ziehen, als dass dieser Präsident mitsamt seiner Administration ein gesellschaftliches Klima schafft, das die „maligne Normalität“ zur Lebenswirklichkeit vieler Amerikaner(innen) werden lässt.

Angesichts des Negativkatalogs, der durch die ausgeprägte Prahlerei des Präsidenten über die „bewundernswerten Errungenschaften“ von ihm und seiner Regierung nicht aufgewogen wird, ist es nicht verwunderlich, dass nicht alle „Evangelikale“ Trump unterstützen. Die gängige Unterscheidung zwischen „evangelikal“ und „fundamentalistisch“ hilft zu erklären, dass die Unterstützung aus dem „fundamentalistischen Lager“ erfolgt. Dieser Unterscheidung bin ich bisher in Veröffentlichungen auch gefolgt, und sie ist sicher noch immer angebracht. In vorliegendem Aufsatz bin ich jedoch davon abgewichen, weil die Umfrage-Institute diese Bezeichnung wählten und weil die Trump-Protagonisten sich selbst nicht als „Fundamentalisten“ kennzeichnen, wie es Jerry Falwell sen. stets und sogar mit Stolz getan hatte, sondern,

---

<sup>45</sup> Hinter der von den Evangelikalen bejubelten Verlegung der Botschaft steht ein breit gefächertes Endzeitszenario, was hier nicht beschrieben werden kann. Vgl. in meinem Buch: In Gottes eigenem Land, 141–213.

dass sie sich selbst als „Evangelikale“ bezeichnen. Das geschieht offensichtlich ganz bewusst, um nicht in eine extreme „Ecke“ eingruppiert zu werden. Die soziale Respektabilität ist mit dem Label „evangelikal“ eher gesichert.<sup>46</sup>

Prominente Evangelikale, wie etwa die frühere Herausgeberin der Zeitschrift „*Christianity Today*“, Katelyn Beaty, oder der Präsident der „*Sojourner Community*“ in Washington, DC, Jim Wallis, wandten sich vehement gegen evangelikale Trump Unterstützer. Der Präsident der größten als „evangelikal“ eingestuften Theologischen Hochschule in den USA, „*Fuller Theological Seminary*“ im südkalifornischen Pasadena, Mark Labberton, veröffentlichte einen Sammelband mit dem bezeichnenden Titel „*Still Evangelical*“ = Noch immer evangelikal? Wenngleich in dem Buch ganz unterschiedliche Stimmen zu Wort kommen, die unterstreichen, wie heterogen die „evangelikale“ Bewegung ist, kommt der Herausgeber in seiner Einleitung zu einem bemerkenswerten Fazit: „Der einzige Evangelikalismus, der dieses Namens würdig ist, muss einer sein, der sowohl treu auf Jesus Christus zeigt als auch ihn widerspiegelt. Es ist die Gute Nachricht für die Welt, die Gerechtigkeit sucht, die das Wesen des Reiches Gottes zum Ausdruck bringt. Jeder Evangelikalismus, der seine eigene Macht sucht, ist gegenüber dem Evangelium untreu, das er zu repräsentieren vorgibt. Jeder Evangelikalismus, der es dem Evangelium nicht erlaubt, im Licht Jesu Christi die Macht<sup>47</sup> (*power*) neu zu definieren, neu zu ordnen und zu erneuern ist verloren und sollte preisgegeben werden.“<sup>48</sup>

Das Zitat verdeutlicht den Kampf um die Deutungshoheit und die innere Ausrichtung der „evangelikalen“ Bewegung. Das zeigt sich auch daran, dass etliche Evangelikale, die wohl Mark Labberton nahestehen, davon sprechen, die Trump-Unterstützer hätten das Label „evangelikal“ oder sogar Jesus selbst „entführt“. Sie gebrauchen das Wort, das auch bei Flugzeugentführungen gebraucht wird: *hijacking*. Die Aufgabe besteht dann darin, den Evangelikalismus oder auch Jesus Christus selbst den Entführern wieder zu entreißen und beides wieder für sich geltend zu machen (*to reclaim Jesus*). Ob das gelingt, ist eine spannende Frage für die Zukunft. Sie könnte leichter gelöst werden, wenn man bedenkt, dass Donald Trump nicht der Auslöser für die Vielfalt des Evangelikalismus ist, sondern der Katalysator, der den rechten Evangelikalen ihre Ängste vor Schwarzen, vor Immigran-

<sup>46</sup> Zur Frage der Standortbestimmung des Evangelikalismus vgl. den erhellenden Aufsatz von Anja-Maria Bassimir, „Definition – Macht – Evangelikal: Standortbestimmung zum gegenwärtigen U.S.-amerikanischen Evangelikalismus“, in: *Amerikastudien / American Studies* 63 (2018), 389–422 (mit ausführlichem Lit.-Verz.).

<sup>47</sup> Gemeint ist wohl die politische Macht oder der/die Machthaber.

<sup>48</sup> *Mark Labberton* (Hg.), *Still Evangelical? Insiders Reconsider Political, Social, and Theological Meaning*, Downer Groves, IL 2018, im Vorwort heißt es: „The only evangelicalism worthy of its name must be one that both faithfully points to and mirrors Jesus Christ. It is the good news for the world as it seeks justice that reflects the character of God’s kingdom. Any evangelicalism that seeks its own power is unfaithful to the evangel it claims to represent. Any evangelicalism that doesn’t allow the evangel to redefine, reorder, and renew power in light of Jesus Christ is lost and worth abandoning.“

ten, vor Abweichungen von gender Rollen und sexuellem Verhalten und auch vor (emanzipierten) Frauen nimmt oder zumindest mindert, und der durch Berufungen von Richtern den Kulturkampf zugunsten einer mutmaßlich biblisch-zentrierten Religiosität zu einem „guten“ Ende bringen kann. Diese politische Agenda muss gegen einen säkularen Pluralismus erfochten werden, damit Amerika wieder „groß“ im Sinne einer „religiös und moralisch integrierten Gesellschaft“ wird.<sup>49</sup> Das geht nicht, ohne dass man die Macht sucht bzw. dem instabilen und egomanen Mächtigen nach dem Mund redet. Ob diese maligne oder toxische Form der evangelikal-politischen Christlichkeit den Evangelikalismus insgesamt in den Abgrund mitreißt oder ob genügend evangelikale Frauen und Männer mit Glauben, Wahrhaftigkeit, Anstand und Respekt den Entführern das Handwerk legen, ist nicht nur eine inner-amerikanische, sondern wegen der weltweiten Verzweigung des Evangelikalismus auch eine internationale Frage.

## Bibliografie

- Bassimir, Anja-Maria*, „Definition – Macht – Evangelikal: Standortbestimmung zum gegenwärtigen U.S.-amerikanischen Evangelikalismus“, in: *Amerikastudien / American Studies* 63 (2018), 389–422
- Geldbach, Erich*, In Gottes eigenem Land. Religion und Macht in den USA, Berlin 2008
- Green, Emma*, „Franklin Graham Is the Evangelical Id. The Famous Preacher’s Son Embodies all the Contradictions of Trump’s America“, in: *The Atlantic*, vom 21. Mai 2017
- Kessler, Luba*, „Birtherism and the Deployment of the Trumpian Mind-Set“, in: *Lee, Bandy X.* (Hg.), *The Dangerous Case of Donald Trump*, New York 2017
- Labberton, Mark* (Hg.), *Still Evangelical? Insiders Reconsider Political, Social, and Theological Meaning*, Downer Groves, IL 2018
- Lee, Bandy X.* (Hg.), *The Dangerous Case of Donald Trump*, New York 2017
- Lifton, Robert J.*, *The Nazi Doctors: Medical Killing and the Psychology of Genocide*, New York 1986 (dt.: *Ärzte im Dritten Reich*, Stuttgart 1988)
- Mislin, David*, „This 19<sup>th</sup>-Century Argument over Federal Support for Christianity still Resonates“, in: *The Conversation*, August 30, 2018
- Riesebrodt, Martin*, *Fundamentalismus als patriarchalische Protestbewegung: amerikanische Protestanten (1910–1928) und iranische Schiiten (1961–1979) im Vergleich*, Tübingen 1990 (engl. Übers. *Pious Passion, The Emergence of Modern Fundamentalism in the United States and Iran*, translated by Don Reneau, Berkeley, CA 1993)
- Schreckinger, Ben*, „Has a Civil Rights Stalwart Lost Its Way?“, in: *PoliticoMagazine*, Juli/August 2017
- Woodward, Bob*, *Fear. Trump in the White House*, London/New York 2018

<sup>49</sup> *Martin Riesebrodt*, *Fundamentalismus als patriarchalische Protestbewegung: amerikanische Protestanten (1910–1928) und iranische Schiiten (1961–1979) im Vergleich*, Tübingen 1990 (engl. Übers. *Pious Passion: The Emergence of Modern Fundamentalism in the United States and Iran*, translated by Don Reneau, Berkeley, CA 1993), 2018, 17.